

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

ARBEITER, UNTERNEHMER UND BAUERN IM WIDERSTAND:
Bundesweiter Demonstrationskalender © Seite 6



Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 162, Samstag, 10. Februar 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an Sodenkamp & Lenz · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand

DEUTSCHLAND GEHT IN DIE KAMPFMOBILISIERUNG GEGEN DIE EIGENE REGIERUNG!



Die Ereignisse in Europa überschlagen sich. Nun mobilisieren die neue Bauernmacht und die deutsche Demokratiebewegung gemeinsam für Frieden und Freiheit! Die Revolution wird nicht im Fernsehen übertragen.

Europa steht Kopf: Die Corona-Lüge, die Nato-Kriegstreiberei und die absichtliche Verarmungs- und Inflationspolitik des

Regimes aus Konsortien und Teilen des Regierungs- und Konzernmedienapparates führten zuletzt zum größten Bauernaufstand in der Geschichte Europas. Die Staats- und Konzernmedien berichteten nicht oder falsch. Dies ist die Zeitung der neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020 – und sie bringt Licht ins Dunkel!

Im Zuge von Verfassungsbrüchen, kriminellen Geheimverträgen und der Vorbereitung

der Stellvertreter- und Expansionskriege der USA und Englands in Osteuropa ist insbesondere Westeuropa seit März 2020 in illegalen Ausnahmezuständen. Eine neofaschistische Allianz aus pervers-parasitären Konzernen und Politapparat versucht putschartig, ihre »Agenda 2030« durchzudrücken. Teil davon sind die schädlichen mRNA-Injektionen (»Impfung«) sowie totale Überwachung durch »die Herausforderungen der Digitalisierung«.

Die US-EU-UK-Konzernoligarchie steht mit dem Rücken zur Wand, die Weltkriegsgefahr steigt. Europäer fast aller Länder haben nun begonnen, Politik und Konzerne konsequent zu bekämpfen, besetzen Logistikplattformen und bereiten den tätigen Widerstand gegen jede möglicherweise bevorstehende Kriegsmobilisierung vor. Die Fotos vom Bauernaufstand sind aus Deutschland und Europa aus den zurückliegenden Tagen. Die Lügenpresse zeigt Ihnen fast nichts davon (Fotos: privat).

4 VOR GERICHT
Pankalla
haut
Demokraten raus

9 GEGEN DEN HASS
Interview
mit
Mutmacherin

9 »ALARMSTUFE ROT«
Führunternehmer
zur
Branchenlage

12 MOBILMACHUNG?
Für
den
Frieden!

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT DW162

- Deutschland geht in die Kampfmobilisierung, Seite 1
- Preis der Republik für Journalist Martin Müller-Mertens, Seite 2
- Dr. Werner Köhne: Glück im KZ, Seite 2
- Wem kann man noch vertrauen?, Seite 3
- Rechtsanwalt Gordon Pankalla: Revision erfolgreich, Seite 4
- Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick, Seiten 4, 5
- Prof. Martin Schwab: Kein Erfolg in Bocholt, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Seite 6
- Prozesstermine zur Auslieferung Julian Assanges rücken näher, Seite 6
- Verfolgung der Opposition nimmt erneut zu, Seite 7
- Ilse Ziegler: »Ich habe noch nie so viel Hass erlebt«, Seite 8
- DW-Verteiler werden, Seite 8
- Leserbriefe, Online-Hinweise, Seite 8
- Fuhrunternehmer Bott: »Es herrscht Alarmstufe Rot«, Seite 9
- Ernst Wolff: Wer steuert Deutschlands Wirtschaft?, Seite 10
- Motor Mittelstand: Kein Versagen, sondern Vorsatz, Seite 10
- Das Scheitern des Westens in der Ukraine, Seite 11
- Weshalb wir zuerst mobilisieren? Für den Frieden!, Seiten 12, 13
- Das Letzte – von Anselm Lenz, Seite 13
- Gelingt der Demokratiebewegung jetzt der Durchbruch?, Seite 14
- Veranstaltungskalender, Seite 14
- Prof. Michael Meyen: Russland ohne Zwischentöne, Seite 15
- Christen im Widerstand: Wehe denen, die das Böse gut nennen, Seite 15
- Sport mit Berthold: Der Himmel als Schachbrett, Seite 15
- DW-Buchempfehlungen, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 162. Ausgabe ab Samstag, 10. Februar 2024. | Redaktionsschluss war am 8. Februar. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden:** Felix Feistel (LtG.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen:** De Andere Krant, Amsterdam. **UFP** United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Russell Brand, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, UST-ID-Nr. DE 340880295. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S *M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwährend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1.** Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2.** Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3.** Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4.** Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5.** Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64



Es ist gar nicht so leicht, ein Journalist zu sein und als solcher aufrichtig zu arbeiten, wenn die Gesellschaft so verblendet und desinformiert ist, dass sie sich »freiwillig« einem Maskenkult unterwirft.

Wer ist im Freiheitskampf gegen die Orwell-Faschisten überhaupt noch wach, denk- und handlungsfähig? Im März und April 2020 waren es wenige. Einer der ersten professionellen Journalisten, die in der Lage waren, den Schweine-Coup von ein paar Hundert Milliardären und Geheimverträge abschließenden Regimefunktio-nären zu erahnen: Martin Müller-Mertens. Von Wesen und Arbeitsweise her im Grunde eine Art »gebürtiger Sozialdemokrat« (wenn dieser Begriff heute noch eine zuverlässige Bedeutung hätte), hält er mit Belogenen, Ausgenommenen und mit dem Volk.

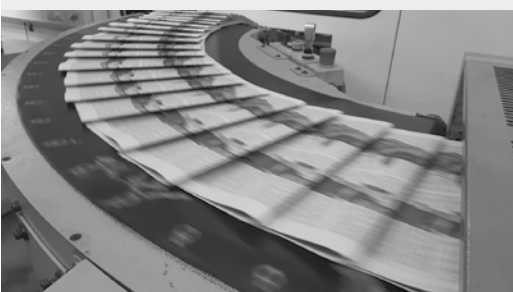
Der gelernte Fernsehmacher baute zunächst die Internet-TV-Sparte eines großen, monatlichen Nachrichtenmagazins auf und wechselte dann zu seiner heutigen

Tätigkeit als TV-Chef für Deutschland beim Sender »Auf1«. Bei Einladungen in seine Interview- und Nachrichtenprogramme konnten wir feststellen: Müller-Mertens geht auch mit seinen eigenen Mitarbei-tern gut um, steuert mit vergleichsweise sehr extrem wenigen Mitteln einen ganzen Betrieb, ohne dabei die Geduld zu verlie-ren. Das kennen mein Kompagnon Hendrik Sodenkamp und ich sehr gut. Es ist ein stei-niger Weg, der gesäumt ist von Wegelager-ern, Neidern, Bloggern, Wichtigtuern, Nör-glerinnen und Zöllnern. Ganz zu schweigen von einem extremistischen Apparat, der alles, aber auch alles tut, um die Wahrheit zu unterdrücken.

Wider das Maskenpack! Der Preis der Republik geht an den Journalisten und Menschen Martin Müller-Mertens, der seit vier Jahren zeigt, was Journalismus sein kann, der bei der Sache bleibt, aufklärt, die wahren Kämpferinnen und Kämpfer für Frieden und Freiheit benennt und dabei in einem Umfeld, in dem sich auch viele Flachpfeifen und Abzocker tummeln, pro-fessionell und menschlich Kurs hält.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN MARTIN MÜLLER-MERTENS. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebe, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Greffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hiltz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Doli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmair, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye,



Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérôt, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürmer, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöffbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchard, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganzer, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elässer, Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky.

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Glück im KZ

EINWURF von Werner Köhne

Die These, dass der Faschismus irgendwann in der Gestalt des Antifaschismus auftreten könnte, lässt sich auch an folgender dialektischen Schleife bewahrheiten: Der Antisemitismus zeigt sein aktuelles Gesicht ausgerechnet in einem kruden Philosemitismus.

Ja, richtig gehört. Aller Empörung links-grüner Tugendwächter zum Trotz, verweise ich hier auf jüdische Schriftsteller, die diesen Befund teilen, wie etwa Barbara Honigmann. Sie berichtete mir von einem Ehepaar aus Argentinien, das sich verblüfft zeigte, als ihnen die Autorin vom Philosemitismus in Deutschland erzählte. Die Reaktion des Paares: Antisemitismus, ja den kannten sie als ein weltweit auftretendes Phänomen, aber Philosemitismus, den gäbe es wohl nur in Deutschland. Wie dieses Phänomen zu verstehen ist, erfuhr ich bei Dreharbeiten zu meinem Film über den jüdischen Literaturnobelpreisträger Imre Kertész. Der ungarische Essayist László Földényi berichtete in diesem Zusammenhang von einem Leseabend im Berliner Literaturhaus am Wannsee, wo Kertész aus seinem autobiographischen Roman eines Schicksallosen vorlas.

Zwei Szenen daraus ließen aufhorchen: Der damals 15-jährige Imre musste sich der berüchtigten Selektion in Auschwitz unterziehen, die er mittels eines ihm wohlgesinnten Arztes überstand. Seine Reaktion damals war unbändige Freude über den »Erfolg«. Eine weitere Szene aus dem Roman: Im Arbeitslager in Buchenwald erlebte der Junge an einem Abend den golden aufsteigenden Mond als einen Moment tiefen Glücks.

Die Reaktion der wohlmeinend gestimmten Zuhörerschaft auf diese Schilderung spricht für sich: Ihnen missfiel, wie der der junge Kertész in eine Konzentrationslager Glück erleben konnte. Entsprechend rutschten sie unruhig auf ihren Stühlen hin und her, ihre Mundwinkel zogen sich nach unten, heftige Atmung signalisierte Unwillen. Offensichtlich deutete sich hier eine Haltung an, die Freundschaft zu Juden nur so lange pflegt, wie sich diese in eine Opferrolle fügen, die es den wohlwollenden Deutschen wiederum erlaubt, ihre Schuld an den Juden in angenehmer Weise zu verwalten. Wehe aber, wenn das Opfer aus der ihm zgedachten Rolle ausschert und selbst in Auschwitz Mensch sein will. Dann greifen uralte Res-sentiments in das Spiel der Gefühlsmoral ein: Philosemitismus trägt dann – wie derzeit zu sehen – zu jener überreizten Kultur bei, in der auch heute noch der Holocaust unter ein schwüles Tabu gestellt wird – und unverarbeitet bleibt.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den gro-ßen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

• 49 (0)162 / 63 60 112

WEM KANN MAN VERTRAUEN?

Wie US-amerikanische Menschenrechtsaktivisten ihre Wahlentscheidung fällen | Von Batseba N'Diaye

Der US-Wahlkampf ist in vollen Zügen. Da die Schäden durch die Coronaspritzen immer offensichtlicher werden, nimmt die Zahl von US-Politikern zu, die fordern, dass die Stoffe umgehend vom Markt genommen werden.

Das Ziel der Politiker ist klar: Sie wollen nun, da bis auf ein paar ideologisch Verbrämte jeder weiß, dass die Spritzen weder sicher, noch hilfreich, sondern vielmehr giftig und tödlich sind, politischen Einfluss behalten oder gewinnen. Auf der Internetseite der einflussreichen Vereinigung *Amerikaner für gesundheitliche Freiheit* – www.americansforhealthfreedom.org – unterzeichneten in den letzten Wochen, neben rund 17.000 Ärzten und medizinischen Wissenschaftlern, hunderte Politiker mit Klarnamen, eine Deklaration der Vereinigung, die klar und deutlich formuliert ist:

»1. Wir erklären, und die Daten bestätigen dies, dass die experimentellen Covid-19-Gentherapie-Injektionen beendet werden müssen. Sämtliche Covid-19 und andere modifizierte mRNA-»Impfstoffe«-Vergaben müssen sofort eingestellt werden. Wir fordern, dass Covid-19-Impfstoffe aus den Impfempfehlungen für Kinder gestrichen werden.

2. Wir erklären, dass diese Stoffe der Definition von Gentherapien entsprechen und die FDA (die US-amerikanische Medikamentenzulassungsbehörde, Anm. d. Red.) sie als solche regulieren sollte.

3. Wir erklären, dass Ärzte niemals daran gehindert werden sollten, notwendige medizinische Behandlung durchzuführen.

4. Wir erklären, dass die Notfallzulassung, die die Verabreichung einer weiteren ungetesteten Version des »Impfstoffs« ohne formelle behördliche Genehmigung ermöglicht, sofort aufgehoben werden sollte.

5. Wir erklären, dass die Notstandsermächtigungen der leitenden Gremien der Welt sowohl zeitlich als auch vom Umfang her begrenzt sein sollten.

6. Wir erklären, dass die ärztliche Schweigepflicht nie wieder verletzt werden darf



Widerständige Demokraten reichen die Hand. Foto: Georgi Belickin/DW

und dass sämtliche Reise-, religiösen und sozialen Beschränkungen nicht wiederholt werden dürfen.

7. Wir erklären, dass Masken weder ein wirksamer Schutz gegen ein durch die Luft übertragenes Atemwegsvirus sind noch jemals waren und dass sie nie wieder vorgeschrieben werden sollten.

8. Wir erklären, dass Verletzungen durch Covid-19-»Impfstoffe« anerkannt werden müssen. Diejenigen, die durch diese Injektionen geschädigt wurden, müssen entschädigt werden. Es müssen Mittel für die Erforschung dieser Syndrome bereitgestellt werden, und die Entwicklung von Diagnose- und Behandlungsmethoden sollte vorangetrieben werden.

9. Wir erklären, dass niemandem eine wirtschaftliche, schulische, militärische oder berufliche Chance verwehrt werden sollte, weil er einen medizinischen Eingriff akzeptiert oder ablehnt. Medizinische Freiheit und informierte Zustimmung sind wesentliche Menschenrechte.

10. Wir erklären, dass die Verletzung der Meinungsfreiheit und die medizinische Zensur durch Regierungen, Technologie-/Medienunternehmen, medizinische Führungsgremien, Hochschulen, Krankenhaussysteme und den medizinisch-industriellen Komplex aufhören müssen und dass die grundlegenden individuellen Menschenrechte jederzeit und für immer aufrechterhalten werden müssen.

11. Wir erklären, dass die Studien von Pfizer, Moderna, BioNTech, Janssen und AstraZeneca mit schwerwiegenden Mängeln behaftet waren und dass sie Patienten und Ärzten Informationen zur Sicherheit und Wirksamkeit vorenthalten haben. Die Konzerne müssen für die Vernachlässigung ihrer wissenschaftlichen Pflichten, die zu zahllosen Behinderungen und Todesfällen führten, mit rechtlichen Konsequenzen rechnen.

12. Wir erklären, dass Regierungen, Medien, globale Aufsichtsbehörden und medizinische Agenturen wie CDC, FDA, NIH, NIAID, MHRA, NHS, TGA, SAPRA, usw. sowie nicht gewählte internationale Gremien wie WHO, WEF, UN, GAVI und EcoHealth Alliance zur Rechenschaft gezogen werden müssen, weil sie Richtlinien und Verfahren diktieren und Mittel für eine rücksichtslose *Gain-of-Function*-Forschung bereitstellen, die zu massiven Schäden führen.«

Da auch in Deutschland im Jahr 2024 eine Vielzahl von Wahlen anstehen und auch hierzulande die Forderung, tödliche Giftspritzen vom Markt zu nehmen, Millionen von Anhänger hat, ist davon auszugehen, dass aus den Reihen der Demokratiebewegung in den kommenden Monaten eine ähnliche Internetseite programmiert wird. Das Ziel: Offenlegung, welcher Politiker sich dafür einsetzt, das massenhafte Verstümmeln und Sterben von Menschen zu beenden und die Opfer der Spritzen zu entschädigen.

MELDUNG

MUT-ÄRZTIN WIRD
ORDENTLICH DRANGSALIERT

Mannheim/DW. Am Landgericht Mannheim wurden am 8. Februar 2024 (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) Abschlussplädoyers im Berufungsverfahren gegen die Allgemeinmedizinerin Dr. Monika Jiang gehalten. Diese wurde im vergangenen Jahr zu zwei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt, weil sie angeblich 4.200 »falsche Gesundheitszeugnisse« (Masken-Atteste) ausgestellt haben soll. Es ging in die nächste Instanz. Am 24. Januar 2024 forderte nun die Staatsanwaltschaft sogar vier Jahre Gefängnis sowie zusätzlich ein Jahr Berufsverbot. Unabhängige Prozessbeobachter begleiten das politische Verfahren und stellen dessen Rechtmäßigkeit in Frage. (hes)

GIFTSTOFFE IN
KINDERURIN

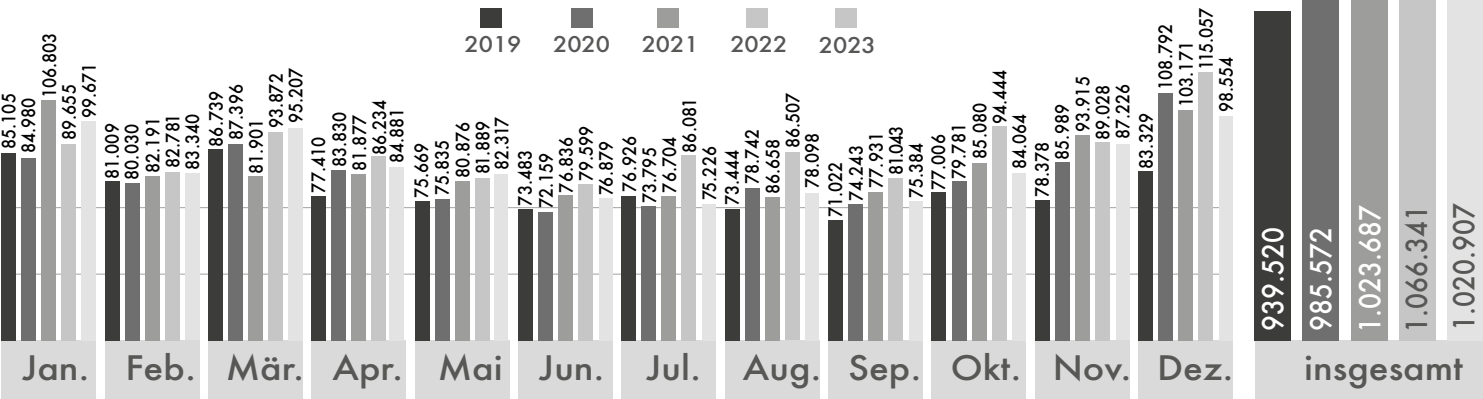
Recklinghausen/DW. In Urinproben von Kindern zwischen zwei und sechs Jahren wurden in Nordrhein-Westfalen »deutlich erhöhte Werte eines streng reglementierten und teils verbotenen Weichmacherstoffs nachgewiesen«, berichtet das *Ärzteblatt* über eine Mitteilung des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW. Dabei handele es sich um den Weichmacher Di-n-hexyl-Phthalat (DnH-exP), der einen schädlichen Einfluss auf das Fortpflanzungssystem haben und die Fruchtbarkeit schädigen soll. Wahrscheinlich seien auch Erwachsene betroffen, für die lägen in Nordrhein-Westfalen jedoch keine Daten vor. Warum der seit Februar 2023 verbotene Weichmacher in so vielen Urinproben gefunden wurde, sei derzeit noch völlig unklar. (kmü)

HIER GIBT ES
NICHTS ZU SEHEN

Amsterdam/DW. Laut aktuellem Datenstand vom 5. Februar 2024 wurden bislang 28.717 Todesfälle bei der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) gemeldet, die im Verdacht stehen, durch die Coronaspritzen verursacht worden zu sein. 663.102 schwerwiegende Nebenwirkungen wie Lähmungen, Herzinfarkte und dauerhaftes Koma wurde angezeigt. Kinder sind mit 16.249 schwerwiegenden Nebenwirkungen vertreten. Experten gehen dabei noch von einer massiven Untererfassung aus. Konzern- und Regierungsvertreter versuchen mit dem Argument, es handle sich »nur« um Verdachtsfälle und nicht um bestätigte Nebenwirkungen, die Gefährlichkeit der Coronastoffe herunterzuspielen. In den vergangenen drei Jahren, seit Beginn, vermieden es jedoch Behörden und Konzerne, die sogenannten »Verdachtsfälle« systematisch zu untersuchen. Verständlich: Den Staaten und Konzernen drohen Entschädigungszahlungen in womöglich vierstelliger Milliardenhöhe. Bis 2020 reichte die Anzahl von zehn Verdachtsfällen für Tode aus, um ein Medikament vom Markt zu nehmen. (hes)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Revision in Berlin und Celle erfolgreich

In zwei Verfahren, über die ich bereits berichtet habe, gegen Robert S. aus Hannover (Maskenattest) und gegen den »Aktivist Mann« in Berlin (gegen Tessa Ganserer), mussten wir bis ins Revisionsverfahren gehen und siehe da: Beide Verfahren wurden nun gewonnen.

Der »Aktivist Mann«, Matteo Westfal, hatte vor dem Reichstag Tessa Ganserer angesprochen und gefilmt – dies nennt sich »Gonzo-Journalismus«. Dabei fielen die folgenden Worte: »Mann bleibt Mann und Frau bleibt Frau« und »es fühlt sich als Frau«. Diese Aussagen sind unserer Ansicht nach straflos, fallen unter die Meinungsfreiheit und sind eben keine Beleidigung. Dies sah das Amtsgericht in Berlin nicht so und verurteilte Westfal zu einer Geldstrafe. Die zuständige Richterin hatte mir bei der Verhandlung auch noch gesagt, dass sie ja jeden Mann verstehen könne, der heutzutage lieber eine Frau wäre.

Die anschließende Berufung und Revision beim OLG Berlin haben wir gewonnen, da die Aussagen dem politischen Meinungskampf unterfallen und von der Meinungsfreiheit nach Art. 5 GG gedeckt sind. Eine Besonderheit in dem Fall war auch, dass die Presseabteilung der Berliner Polizei den »Aktivist Mann« bereits als Straftäter vorverurteilt hatte und in einer Pressemeldung davon sprach, dass er sich der Beleidigung strafbar gemacht habe. Eine Aussage, die einer Presseabteilung gar nicht zusteht und dann gleich von allen großen Zeitungen übernommen wurde. Auch heute können wir dort noch lesen, dass die Aussagen strafbar seien, was nicht der Fall ist. Aber so funktioniert eben PR mit tatkräftiger Hilfe der Berliner Polizei.

Was bei dem Verfahren nachher herausgekommen ist, scheint für die Journalisten des Tagesspiegel gar nicht mehr wichtig zu sein. Hauptsache, man hat seine Botschaft schon mal verbreitet und eine breite Öffentlichkeit faktisch falsch informiert. Auch die Neue Westfälische (NW) ist wohl weniger an Wahrheiten, als an PR interessiert. Hier macht man sich über eine Hausdurchsuchung bei Westfal lustig. Eine Hausdurchsuchung, die gar nicht hätte stattfinden dürfen, da es in dem Fall um eine sogenannte öffentliche Straftat ging, zu der keinerlei weiteren Beweise erforderlich gewesen sind und das Verfahren nachher auch sang- und klanglos eingestellt worden ist – ebenso wie das Verfahren gegen Westfal wegen Filmen auf der Demo in Düsseldorf oder das Verfahren wegen Filmen vor dem Reichstag, das man Westfal zunächst als einen Sturm auf den Reichstag und als Landfriedensbruch auslegte. Alles wurde eingestellt oder gerichtlich als nicht haltbar und straffrei festgestellt, wie nun in der Revision gegen Tessa Ganserer. Alleine das Internet und die Mainstream-Medien verkünden bis heute die vermeintlichen Wahrheiten von gestern – ich nenne es Rufmord an Kritikern. NW-Redakteur Frank Hartmann hatte sich schon mal gewünscht, dass Westfal am besten auf eine einsame Insel ziehen sollte oder in die Wüste – dass bei solchen Aussagen ein objektiver Journalismus nicht mehr besteht, sollte jedem klar sein.

Auch in Celle war ich im Revisionsverfahren gegen Robert S., einem Patienten von Dr. Carola Javid-Kistel, erfolgreich. Hier



Demoschild am 5. Februar 2024 in Zeulenroda. Foto: Telegram/Demobilder

rief mich eines Morgens ein Richter vom OLG Celle an und meinte, dass man das Verfahren gegen Robert S. nun einstellen wolle mit Zustimmung der Generalstaatsanwaltschaft. Es bestand auch kein Grund für eine Verurteilung, denn mein Mandant wurde körperlich untersucht und die Ansicht der Richterin aus Hannover, diese Untersuchung sei nicht ausreichend gewesen, war natürlich nicht haltbar. Seit wann wissen Richterinnen mehr von Medizin als eine Ärztin? Auch in Hannover musste ich mir eine unfassbare Aussage der Richterin anhören, die vor der Verkündung des Urteils noch bemerkte: »Wenn die Regierung sagt, dass wir eine Maske tragen

sollen, dann tun wir das auch.« Meiner Ansicht nach ist es immer noch die Aufgabe der Justiz, die Entscheidungen der Legislative rechtlich zu hinterfragen, anstatt diese kritiklos zu befürworten.

Erfreulich ist es jedoch, dass nun zwei obere Gerichte, das OLG Berlin und das OLG Celle, tatsächlich Recht gesprochen haben und damit bei mir den Glauben an den Rechtsstaat teilweise wieder hergestellt haben. Es gibt also doch noch Richterinnen, die ihre Aufgabe ernst nehmen und nach rechtlichen Aspekten entscheiden und nicht – ob Corona-Gläubigkeit oder Genderwahnsinn – nach einer Gesinnung.

Respekt für Dynamo Dresden und ein neuer Hit für Helene Fischer: »Hirnlos«

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, der Genderwahn hat nun auch die Fußballstadien erreicht. Zunächst war Bundesligist Bayer Leverkusen Ende Januar zu einer Geldstrafe in Höhe von 18.000 Euro verdonnert worden, weil die Fans des Werksklubs im Spiel bei Werder Bremen am 25. November 2023 Banner mit der Aufschrift »Es gibt viele Musikrichtungen ... aber nur zwei Geschlechter« präsentiert hatten (DW berichtete). Mir fiel dazu spontan ein: »Es gibt nur einen Rudi Völler ... aber zwei Geschlechter.« Wie auch immer: Der woke DFB ist jedenfalls ziemlich humorlos. Könnte an Präsident Bernd Neuendorf, einem SPDler, liegen, der den Laden mit Parteigenossin Nancy Faeser sozialdemokratisch umbaut. Der größte Sportverband Deutschlands leugnet also biologische Fakten. Damit haben die Grünen bekanntlich kein Problem und bejubelten die Strafe.

Kritik kam allerdings von Stephan Mayer (CSU), dem sportpolitischen Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion: Er hatte die Sorge, dass durch die Bestrafung des Klubs die Banner-Botschaft »eine unangemessen hohe Aufmerksamkeit« erlangen könne. Gar nicht



Rechtsradikales WC-Schild. Auf neuen Schildern ist oft auch »Divers« (dt.: Taucher) zu lesen. Foto: Commons

so doof, der Herr Mayer. Aber darf der das? Oder ist er vielleicht ein Rechtsextremist? Was er wohl nicht wusste: Für dieses soziologische Phänomen gibt es sogar einen Namen: Wenn der Versuch, eine unliebsame Information zu unterdrücken, das Gegenteil erreicht, spricht man vom sogenannten Streisand-Effekt (geht auf die gleichnamige US-Schauspielerin zurück). Da wir aber beim Thema Fußball sind, können wir auch einfach von einem Eigentor reden. Denn die Reaktion auf diesen woken Schwachsinn ließ natürlich nicht lange auf sich warten: Fans von Dynamo Dresden zeigten am vergangenen Wochenende beim Drittligaspiel beim FC Ingolstadt Banner mit

der Aufschrift »Es gibt nur einen lächerlichen DFB ... und zwei Geschlechter!«. Bravo! Mal schauen, wie hoch die Strafe diesmal ausfällt – für gleich zwei Wahrheiten, die nicht ausgesprochen werden dürfen! Mensch, George Orwell hätte in diesen Zeiten seine helle Freude. Im Gegensatz zur peinlichen Reaktion von Bayer Leverkusen, das reumütig und untätig die Strafe für das »Fehlverhalten« seiner Anhänger akzeptierte, zeigen die Dynamo-Verantwortlichen, dass sie über einen gesunden Menschenverstand und Eier verfügen. Auf Anfrage von nius.de teilte der Verein mit, dass der »gezeigte Banner keinerlei beabsichtigten Diskriminierungscharakter« habe.

Ich erwarte (und erhoffe mir) an diesem Wochenende weitere Nachahmer-Aktionen, denn diesen Irren muss Paroli geboten beziehungsweise die Rote Karte gezeigt werden. Motto: In den (Vereins-)Farben getrennt, in der Wissenschaft vereint. Merkwürdig finde ich ja, dass sich der DFB bei den Auswahlmannschaften auf ein Herren- und ein Frauen-Nationalteam beschränkt. Gilt auch für den eigenen Online-Fanshop, in dem es noch keine Abteilungen für die angeblich 70 weiteren Geschlechter gibt. Wenn es also darum geht, die Vereine abzukassieren, ist man woke, aber beim eigenen Trikotverkauf macht man dann auf Nazi.

Apropos: Wer weiß, was uns bei der Heim-EM im Sommer erwartet? Vielleicht erzeugt man dann künstliche Regenbogen am Himmel. Manuel Neuer, Leon Goretzka & Co machen sich garantiert wieder mehr Gedanken über das Mannschaftsfoto als über das eigene Spiel, während Nancy Faeser erneut mit Armbinde auf der Tribüne hockt. Und diejenigen, die derzeit gegen rääächts auf die Straße gehen, werden in diesen drei, vier Wochen wahrscheinlich wieder ein Nazi-Symbol an ihr Auto hängen – das schon von Altkanzlerin verpönte und verhasste Deutschland-Fähnchen. Und wie singt die Rockband Weimar doch in ihrem

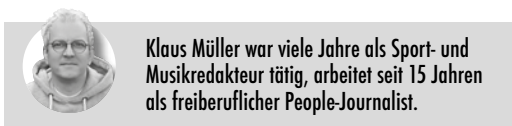
Fortsetzung von Seite 4

Song »Im Wahnsinn gefangen«? »Wenn die Bundesnationalelf auf dem Siegertreppchen steht, weiß plötzlich jeder Zweite wieder wie die böse Hymne geht.« Tja, so ist das in diesem Land eben.

Mit dem Fremdschäm-Niveau von DFB, Nationalmannschaft und Ampelregierung können auch viele Promis des Landes locker mithalten. Konnte man schon während der Plandemie fasziniert beobachten. Neuester Beleg: Das *Cover* vom Stern vom 1. Februar. Da setzen Helene Fischer, Udo Lindenberg, Florian Silbereisen und einige weniger bekannte

»Stars« ein Zeichen gegen die pöööhse AfD. Respekt, dafür war sicher eine große Portion Gratismut nötig. Gegenüber dem Magazin sagte Helene: »Ich will in einem offenen, toleranten und vielfältigen Deutschland leben und wünsche mir eine bunte Zukunft für unsere Kinder.« Gerüchten zufolge will die Schlagersängerin demnächst umziehen: Vom beschaulichen Inning am Ammersee könnte es sie es nach Duisburg-Marxloh, in den Dortmunder Norden oder nach München-Neuperlach verschlagen. Aber wie erwähnt: Sind nur Gerüchte. Ebenso, dass sie offenbar überlegt, ihren Hit »Atemlos« neu aufzunehmen. Neuer möglicher Titel: »Hirnlos«. Habe sogar schon einen passenden Textvorschlag für sie:

»Hirnlos in die Schlacht, spür‘ was Gratismut mit uns macht. Schamlos brüllen sie ›Nazis raus‹ und flippen dabei völlig aus. Da werden sich die Hände gerieben und zur Not lassen wir auch Fäuste fliegen. Auf der Suche nach der nächsten Sau, die wir dann prügeln grün und blau. Hirnlos in die Schlacht ...« Wäre doch eine geniale Hymne für diese linksextrernen und von der Regierung inszenierten »Demos«, auf denen offen zu Gewalt und Mord (»AfDler töten«) aufgerufen wird, gell?



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



KEIN ERFOLG IN BOCHOLT

KOLUMNE RECHTSSTAAT

von Prof. Dr. Martin Schwab

Die Grünen sparen nicht mit markigen Worten gegen Andersdenkende. Wenn sie sich selber mal eine harte Ansage anhören müssen, fangen sie an zu weinen und wollen heim zu ihrer Mami. Und die Gerichte spielen mit. Ein Prozessbericht.

Ein Rentner besuchte am 2. Mai 2022 die Facebook-Seite von Renate Künast und schrieb unter einen ihrer *Posts* folgenden Kommentar: »Die Grüne Faschistische Seuche wird bald Bekanntschaft mit dem Knast machen KÜNAST«

Als er mich mit seiner Verteidigung mandatierte, schwebte das Strafverfahren bereits in der zweiten Instanz. In erster Instanz war mein Mandant wegen Beleidigung zu 80 Tagessätzen à 15 Euro verurteilt worden. Die Berufung meines Mandanten wurde am 25. Januar 2024 vor der Strafkammer des Landgerichts Münster bei dem Amtsgericht Bocholt verhandelt.

In dieser Verhandlung trug ich die folgenden Äußerungen von Renate Künast vor:

1. Am 21. Juni 2023 äußerte der Bundesverband Ernährungsindustrie in einem *Tweet*, die Politik möge den Menschen nicht vorschreiben, was sie essen sollen und was nicht. Erwiderung von Renate Künast: »Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie. Da ist klar gestellt wer was entscheidet.«

Will sagen: Sobald die Wahl vorbei ist, möge der brave Staatsbürger bitte gefälligst die Fresse halten. Auch wenn es den höchst privaten Bereich seiner eigenen Nahrungsaufnahme betrifft. Das ist *nicht* die Geisteshaltung einer Demokratin, sondern die anmaßende Arroganz einer Verfechterin eines autoritären Obrigkeitsstaats.

2. Am 15. Januar 2024 kommentierte Renate Künast in einem Tweet eine Demonstration »gegen rechts« in Leipzig, zu der ausdrücklich aus Anlass des *Correctiv*-Artikels »Geheimplan gegen Deutschland« vom 10. Januar 2024 aufgerufen worden war. Kommentar von Renate Künast zu dieser Demo: »Das wunderbare #Leipzig an einem #Montag #AlleZusammenGegenDenFaschismus«. Renate Künast trägt also selbst keine Scheu,



Szene von Regierungsdemo: Kann man seine Doppelmoral noch offensichtlicher zur Schau stellen? Foto: X/privat

politisch Andersdenkende als »Faschisten« zu bezeichnen, und findet es dabei offenbar völlig in Ordnung, wenn *Correctiv* versteckte Kameras aufstellt (strafbar gemäß Paragraph 33 i. V. m. Paragraph 22 Kunsturhebergesetz) und entweder im Saal Abhörmikrofone (strafbar gemäß Paragraph 201 StGB) oder an den Türen Lauschposten aufstellt (strafbar gemäß Paragraph 238 StGB) und auf diese Weise die Teilnehmer einer privaten Gesprächsrunde mit Methoden eines Geheimdienstes ausspäht. Damit redet sie selbst den Methoden eines totalitären Staates das Wort.

Wenn man staatliche Gerichte für befugt hält, zu entscheiden, wer wen »Faschist« nennen darf und wer wen nicht, bewegte es sich folglich im Rahmen der zulässigen freien Meinungsäußerung, wenn mein Mandant den Eindruck hatte, dass Renate Künast in ihrem Politikverständnis einer faschistischen Herrschaft geistig deutlich näher stehe als einer freiheitlichen Demokratie, und diesen Eindruck auch öffentlich äußerte.

Zwar lag die Äußerung meines Mandanten zeitlich *vor* den beiden soeben wiedergegebenen Äußerungen von Renate Künast. Ich halte dies indes nicht für relevant. Man konnte nämlich durchaus erwidern, dass mein Mandant die Geisteshaltung von Renate Künast frühzeitig erahnt hatte. Außerdem stand der Kommentar meines Mandanten für die Partei »Bündnis 90/Die Grünen« im Ganzen; Renate Künast war nicht nur und nicht einmal in erster Linie als Person, sondern als Teil dieser Partei angesprochen worden.

Eine ganz andere Frage ist, *ob* staatliche Gerichte überhaupt entscheiden dürfen, wer die Bezeichnung »Faschist« im Kampf gegen den politischen Gegner zum Einsatz bringen darf. Die Gerichte haben diese Be-

fugnis bisher tatsächlich für sich in Anspruch genommen:

- So hob das VG Meiningen (v. 26. September 2019, Az. 2 E 1194/19 Me) das Verbot einer Kundgebung auf, die unter dem Motto stand: »Protest gegen die rassistische AfD insbesondere gegen den Faschisten Höcke«. Angesichts etlicher, vom VG auch zitierter Äußerungen Höckes gebe es für dessen Bezeichnung als Faschist eine tatsächliche Grundlage.

- Das LG Berlin (v. 11. Januar 2024, Az. 27 O 546/23) verbot dem AfD-Abgeordneten Stephan Brandner, die *Spiegel*-Journalistin Ann-Katrin Müller eine Faschistin zu nennen – obwohl diese ihn ihrerseits als Faschisten beschimpft hatte (LTO berichtete am 18. Januar 2024; die schriftlichen Entscheidungsgründe liegen noch nicht vor).

Wenn man so argumentiert, ist die Bezeichnung »Faschist« kein Werturteil, sondern eine Tatsachenbehauptung, die dem Beweis zugänglich ist. Dann aber hätte mein Mandant nicht wegen Beleidigung (Paragraph 185 StGB), sondern allenfalls wegen übler Nachrede (Paragraph 186 StGB) verfolgt werden dürfen. Und die Staatsanwaltschaft hätte bereits im Ermittlungsverfahren – also bevor sie meinen Mandanten vor Gericht zerrte – von Amts wegen klären müssen, ob Renate Künast wirklich faschistisch eingestellt ist.

Das Gericht interessierte sich indes nicht für solche Feinheiten. Es bestätigte die Verurteilung meines Mandanten. Es nahm sowohl an der Wortwahl »faschistisch« als auch an der Wortwahl »Seuche« Anstoß. Die Geldstrafe wurde allerdings auf 60 Tagessätze zu je 15 Euro, insgesamt also 900 Euro, reduziert.

MELDUNG

ALLE AMPEL-PARTEIEN SCHEITERN AN FÜNF-PROZENT-HÜRDE

Magdeburg/DW. Laut einer aktuellen Umfrage, würden alle drei Ampel-Parteien, wenn am kommenden Sonntag Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt wären, an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. SPD und Bündnisgrüne kämen nur auf 4,5 Prozent, die FDP gar nur auf 4,0 Prozent. Stärkste Partei wäre die CDU (28,5 Prozent) vor der AfD (27,5 Prozent). (kmü)

EINTRACHT-EHRENPRÄSIDENT HETZT UND RUFT ZU GEWALT AUF

Frankfurt am Main/DW. Wie in der dunkelsten Zeit unserer Geschichte: Peter Fischer, Ehrenpräsident (!) von Fußball-Bundesligist Eintracht Frankfurt, ruft offen zu Gewalt gegen AfD-Wähler auf. In einem RTL-Interview sagte der 67-Jährige: »Rennt denen die Türen und die Tore ein! Gebt denen Ohrfeigen! Kotzt ihnen ins Gesicht!« Derartige Entgleisungen gab es bereits während der Corona-Plandemie, als viele Gutmenschen massiv gegen »Ungeimpfte« hetzten – darunter auch Fischer, der damals in einem Video, das auf Twitter geteilt wurde, sagte: »Wer nicht geimpft ist, gehört nicht dazu.« (kmü)

+++ IN ALLER KÜRZE BERICHTET +++

+++ Die Co-Vorsitzende der Grünen in Mecklenburg-Vorpommern, Katharina Horn, soll einen 80-jährigen Mann die Greifswalder Rathaus-Treppe heruntergeschubst haben. Sie bestreitet den Vorwurf, aber Augenzeugen bekräftigen den Verdacht.

+++ Top-Journalist Seymour Hersh wettert gegen Biden und Scholz wegen Nord Stream 2: »Es gibt keinen Hinweis darauf, dass Präsident Biden in den 16 Monaten seit der *Pipeline*-Zerstörung seine Experten mit einer umfassenden Untersuchung der Explosionen beauftragt hat«, schreibt er auf der Plattform Substack. Auch Kanzler Scholz, habe keinen »bedeutenden Vorstoß unternommen, um herauszufinden, wer was getan hat.«

+++ Umfaller: Erst lehnte CDU-Chef Friedrich »BlackRock« Merz eine Koalition mit den Bündnisgrünen ab, nun seien sie »eine Koalitionsoption«.

+++ Stasi-Methoden bei der *Süddeutschen Zeitung*: Um einen »Maulwurf« in der Redaktion ausfindig zu machen, hat die SZ ihre eigenen Redakteure durchleuchtet. E-Mails und Festnetztelefone sollen überprüft worden sein. Dies berichtet *Medieninsider*. Hintergrund sei die Berichterstattung des Magazins über interne Reaktionen zu den Plagiatsvorwürfen gegen Alexandra Förderl-Schmid, stellvertretende Chefredakteurin des Blattes. Laut *nius.de* soll sie fremde Textpassagen übernommen haben, auch ihre Doktorarbeit stehe nun im Fokus.

+++ Die Uni Bayreuth hat die Plagiatsprüfung gegen AfD-Chefin Alice Weidel eingestellt: Kein schuldhaftes Verhalten! +++ (kmü)

Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio
• Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR
• Funkhaus Rudolf-von-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarkplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau
• Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18:00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio
• Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
BIBERACH: Mittwoch 11.00 • Schwäb. Zeitung • Stadthalle
Aschermittwoch
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

AHRENSBÖK, 18 Uhr, am Rathaus – APOL-DA, 18.30 Uhr, am Markplatz – ARTERN, 18 Uhr, am Geschwisterscholl Platz – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Tresko-wallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BREMERHAVEN, 18 Uhr, am Rathaus – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DARMSTADT-ARLHEIL-GEN, 18 Uhr, am Löwenplatz –DIEPHOLZ, 17 Uhr, am Bremer Eck – DÜNWALD, 19 Uhr, vor der Gemeindeverwaltung – EM-LICHHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – KAL-TENNORDHEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz nahe Kirche – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAUENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus – MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle – SCHLOS-SVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus – WEIS-SENFELS, 18 Uhr, Judenstr./Ecke Markt.

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!

ÜBER 700 MOTIVE!
GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER
WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.

WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINES DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 10.2.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 10.2.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 10.2.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 10.2.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 10.2.2024 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 10.2.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 10.2.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 10.2.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausurmplatz	Spaziergang
So, 11.2.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 12.2.2024 19:20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 19:20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Bad Honnet/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 12.2.2024 19-20 Uhr	Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlsorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 12.2.2024 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 12.2.2024 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 12.2.2024 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 12.2.2024 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 12.2.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 12.2.2024 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 12.2.2024 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 19-20 Uhr	Mayen, am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 19:20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 12.2.2024 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 12.2.2024 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 12.2.2024 18-21 Uhr	Stralsund, Olaf-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 12.2.2024 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Tettfnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 19:20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 12.2.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 12.2.2024 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 12.2.2024 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 12.2.2024 19:21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 13.2.2024 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 13.2.2024 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 13.2.2024 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 13.2.2024 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 13.2.2024 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 14.2.2024 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 14.2.2024 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 14.2.2024 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 14.2.2024 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 14.2.2024 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 14.2.2024 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 14.2.2024 19:20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 14.2.2024 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 14.2.2024 19:20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 14.2.2024 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 15.2.2024 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 15.2.2024 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 15.2.2024 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 15.2.2024 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 15.2.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 15.2.2024 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 15.2.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 15.2.2024 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 15.2.2024 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 15.2.2024 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 16.2.2024 18-20 Uhr	Raestfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 17.2.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 17.2.2024 11-16:50 Uhr	Berlin, P&R Pankow-Heinersdorf	Autokorso
Sa, 17.2.2024 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 17.2.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 17.2.2024 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 17.2.2024 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 17.2.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 17.2.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 17.2.2024 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 17.2.2024 11-13 Uhr	Minden, an der Martinitrepppe beim Rathaus	Demo
Mo, 4.3.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mi, 6.3.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
30. März 2024 15:30 Uhr	Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin	4 Jahre Demokratiebewegung, Kungebung

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse veranstaltung@demokratischerwiderstand.de senden.

Aktuelle Informationen: <https://nichtohneuns.de> • NEWSLETTER ABONNIEREN



Journalist Julian Assange. Foto: Wiki/ Commons

FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT

Die Prozesstermine zur Auslieferung Julian Assanges rücken näher Von Hendrik Sodenkamp

Die Uhr tickt. Seit Jahren sitzt der Journalist Julian Assange in Haft, weil er US-Kriegsverbrechen öffentlich machte. Am 20. und 21. Juni 2024 wird in London darüber verhandelt, ob er in die Hände der USA deportiert werden soll.

Der US-Hegemon will an dem Whistleblower ein Exempel statuieren und richtet sich damit nur selbst. Weil der sogenannte Wertewesten hier so offensichtlich mit den Werten von Freiheit, Menschenrecht und Demokratie bricht, sehen immer mehr Menschen auf der Welt in diesen Begriffen nur leere Worthülsen, die einen Machtanspruch der Nordamerikaner über den gesamten Globus rechtfertigen sollen.

Nun warnte die UN-Berichterstatte-rin für Folter, Alice Jill Edwards, die britische Regierung davor, den Journalisten in die Hände der US-Amerikaner zu geben, da er dort, im Land der Freiheit, in Gefahr stehe, gefoltert zu werden. Edwards war dem Schweizer Juristen Nils Melzer auf diesen Posten gefolgt, der sich ebenfalls für Assange stark gemacht hatte – und unter Corona die brutale Polizeigewalt an Demokraten in Berlin auf das Schärfste verurteilte.

Die Verhandlungen im Februar dieses Jahres sind die letzte Möglichkeit Assanges. Dementsprechend wird von unabhängigen Beobachtern mit großen Protesten weltweit ausgegangen.



Dr. Carola Javid-Kistel auf einer Demonstration der Demokratiebewegung: eine Kandidatin für das Bundesverdienstkreuz. Foto: Videostill, Bewegung Leipzig.

ES IST NICHT VORBEI

Die Verfolgung der Opposition nimmt erneut zu | Von Hendrik Sodenkamp

Die Justizposse gegen den erfolgreichen Stuttgarter Menschenrechtsaktivisten Michael Ballweg geht weiter. Das Oberlandesgericht Stuttgart beschloss am 24. Januar 2024, nun doch eine Anklage wegen »versuchten Betrugs« in mehr als 9.000 Fällen zuzulassen, nachdem die Instanz darunter, das Landgericht in Stuttgart, diesen Anklagepunkt hatte fallen lassen. Darüber erfuhr Michael Ballweg aus der Presse.

»Erneut mussten wir erleben, wie das Oberlandesgericht Stuttgart arbeitet«, so Dr. Reinhard Löffler, einer der Verteidiger Ballwegs in einer Pressemitteilung vom 7. Februar 2024. »In einem Rechtsstaat kann es nicht möglich sein, dass Gerichte mit der Presse kommunizieren, bevor die Betroffenen informiert werden«, so Dr. Löffler weiter.

Brisant: An der Entscheidung, den Anklagepunkt des »versuchten Betrugs« nun doch zuzulassen, habe ein Richter mitgewirkt, der damals einen Haftbefehl gegen Michael Ballweg erlassen hatte, so Ballwegs Anwalt. Ballweg war am 29. Juni 2022 von einer Polizeieinheit unter dem Vorwand



Querdenker Michael Ballweg kurz nach seiner Freilassung, Anfang August 2023 in Berlin. Foto: Georgi Belickin/DW. 7



Demokraten beim Montagsspaziergang am 5. Februar 2024 in Görlitz. Foto: Telegram/DW.

einer Hausdurchsuchung überfallen worden. Man habe Nachfragen zu seiner Steuererklärung, wurde gesagt. Mit der Begründung »Fluchtgefahr« wurde er an diesem Tag gleich mitgenommen und musste über neun Monate im Terrorknast Stuttgart-Stammheim in »Untersuchungshaft« sitzen, bis überhaupt irgendeine Anklageschrift vorlag. Diese Fehlentscheidung will der Richter nun also womöglich vertuschen. Positives gab es bei dem Beschluss des Oberlandesgericht dennoch: Der bisher im Raum stehende Vorwurf der Geldwäsche wurde fallengelassen. Außerdem wurde ein Teil von Michael Ballwegs Geld wieder freigegeben, das bislang eingefroren worden war. Michael Ballweg hatte seit seiner Freilassung Anfang April 2023 bis heute, fast ein Jahr lang, überhaupt keinen Zugang zu seinem Geld und war auf die Unterstützung von Freunden und Demokraten angewiesen.

»Im anstehenden Verfahren werden wir problemlos darlegen können, dass unser Mandant mehr Geld für Querdenken bezahlt als eingenommen hat«, so Ballwegs Anwalt Löffler. Michael Ballweg sei von Beginn an unschuldig gewesen und das werde sich auch in der Hauptverhandlung erweisen. Man freue sich darüber, dass dieses Verfahren jetzt auf seine Ziellinie geht.

Beendet wurde das Verfahren gegen die Ärztin Dr. Carola Javid-Kistel am Montag, den 5. Februar 2024, vor dem Amtsgericht Duderstadt – mit einer Verurteilung zu 14 Monaten Gefängnis, die zur Bewährung ausgesetzt wurden, und zur Strafzahlung von 1.000 Euro. Die Medizinerin hatte Maskenatteste ausgestellt, vor der »Impfung«

gewarnt und sich gegen Polizeibeamte ausgesprochen, weshalb man ihr das Fälschen von Gesundheitszeugnissen, Volksverhetzung und Beleidigung vorwarf. Dr. Javid-Kistel stand vor Gericht zu ihren Handlungen, was als »Geständnis« ausgelegt wurde. Weil sie betonte, dass sie in Bezug auf die Masken und der Warnung vor den Coronaspritzen »im Ansehen meines Gewissens und des Hippokratischen Eids richtig gehandelt« hatte, spukt nun durch Regierungs- und Konzernmedien die Forderung, ihr auch noch die Approbation als Ärztin zu entziehen. Dr. Carola Javid-Kistel war vor dem deutschen Coronaregime nach Mexiko geflohen, wohin sie nun wieder zurückkehren will. Die Angst und die Abscheu vor dem deutschen Schreckensregime, so scheint es, sitzen tief bei der mutigen Ärztin.



Mahnwache mit Grundgesetz in Solingen am 5. Februar 2024. Foto: Telegram/Demobilder



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spaziergehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensurierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf demokratischerwiderstand.de/verteilen die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

»Ich habe noch nie so viel Hass erlebt«

Freiheitsaktivistin Ilse Ziegler spricht über die von der Regierung inszenierten »Demos« gegen rechts | INTERVIEW von Klaus Müller

Für die Leser dieser Zeitung ist Ilse Ziegler längst ein bekanntes Gesicht: Die 54-jährige Widerstandskämpferin und Frohnatur aus Ingolstadt landete im November 2022 für 20 Tage und im September 2023 für weitere 40 Tage im Gefängnis. Beide Male hatte sie sich beharrlich geweigert, Geldstrafen zu zahlen. Im ersten Fall ging es um einen Maskenverstoß während der Corona-Pandemie, im zweiten um das unerlaubte Filmen eines Gerichtsvollziehers, der vor ihrer Türe lauerte.

DW: Wie ergeht es Ihnen in Freiheit?
Ilse Ziegler: Ganz gut. Nach meiner Haftentlassung Ende Oktober hatte mich der Alltagstrott schnell wieder eingeholt. Ich habe derzeit zwei Jobs: Seit Anfang Januar arbeite ich im Büro einer Hausverwaltung, zudem bis nächste Woche noch in der Frühlingschicht von 4 bis 8 Uhr morgens als Kassiererin in einer Tankstelle. Ich muss gestehen: Manchmal vermisste ich den Knast (*grinst*) – dort hatte ich meine Ruhe und mehr Zeit für mich.

DW: Das heißt aber nicht, dass Sie bald ein drittes Mal dort einziehen werden, oder?
I.Z.: Wer weiß. (*lacht*) Nein, im Ernst: Das ist nicht geplant. Es läuft kein Verfahren mehr gegen mich. Trotzdem bin ich gerade auf der Suche nach einem Anwalt, denn ich habe für meine zweite Festnahme bis heute keinen Haftbefehl gesehen. Die Staatsanwaltschaft hüllt sich in Schweigen. Auch ein beschlagnahmtes *Smartphone* wollen sie mir nicht zurückgeben. Das sei aufgrund meiner Verurteilung in das Eigentum des Staates übergegangen. Ist das nicht unglaublich?

DW: Weiß Ihr neuer Arbeitgeber, dass Sie ein Ex-Sträfling sind?
I.Z.: Nein, man fällt doch nicht gleich mit der Tür ins Haus. (*lacht*) Sowohl in meinem Lebenslauf als auch in meinem polizeilichen Führungszeugnis sind die Haftstrafen wegen Geringfügigkeit nicht vermerkt. Natürlich halte ich im Büro bei Gesprächen über die Politik und die gesellschaftlichen Missstände in unserem Land mit meiner Meinung nicht hinterm Berg. Wer mich kennt, der weiß: Das könnte ich auch gar nicht. Neben dem Chef habe ich drei Kollegen, darunter die Tochter vom Boss. Ich



Lässt sich ihre gute Laune nicht vermiesen: Ilse Ziegler (gemeinsam mit Lebensgefährte Klaus Schwarz) bleibt widerspenstig und verspricht: »Ich werde die irren Spielchen der Politik auch künftig nicht mitmachen.« Foto: privat.

war positiv überrascht: Sie ist sehr aufgeklärt und hat sich während Corona nicht spritzen lassen.

DW: Wie läuft's im Widerstand?
I.Z.: Ich bin montags weiterhin in Ingolstadt bei den Spaziergängen dabei. Am 8. Januar, als die Landwirte bundesweit demonstrierten, waren wir 100 Leute, meist sind wir aber nur 20, was ich sehr enttäuschend finde.

DW: Bundesweit gehen derzeit Tausende gegen rechts auf die Straße. Was halten Sie davon?
I.Z.: Die Medien manipulieren jetzt noch mehr als ohnehin schon. Viele Demos, die ganz andere Themen haben, bekommen den Stempel »gegen rechts« aufgedrückt, Bilder werden gefälscht und Zahlen deutlich aufgehübscht. Mit meinem Freund Klaus (*siehe Interview in DW 148/Anm. d. Red.*) habe ich mir Ende Januar in Ingolstadt selbst ein Bild von einer dieser »Demos« gemacht und war entsetzt.

DW: Warum?
I.Z.: Ich habe noch nie so viel Hass erlebt wie auf dieser Veranstaltung. Es waren geschätzt 5.000 Menschen vor Ort, die dort herumliefen wie Zombies. Ein Großteil von ihnen gehörte sicher zu denjenigen, die uns »Ungeimpfte« vor drei Jahren am liebsten in Hygienelager gesteckt hätten. Sie hatten Plakate dabei mit Aufschriften

wie »Ich kloppe die AfDler zum Frühstück« oder »Wir sind alle für die Demokratie, nur Björn will sie zerstören«. Ob sich diese Leute mal das Parteiprogramm der AfD durchgelesen haben? Mit Sicherheit nicht, denn mir ist darin kein einziger Punkt aufgefallen, der demokratiegefährdend ist – ganz im Gegenteil: Die AfD will mehr Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild und sogar den Bundespräsidenten künftig vom Volk wählen lassen. Mehr Demokratie geht doch kaum.

DW: Aber?
I.Z.: Vermutlich können die Menschen, die gegen rechts auf die Straße gehen, nicht einmal erklären, was rechts überhaupt bedeutet. Schließlich wurden sie schon als Kinder indoktriniert. Sie glauben: Rechts ist grundsätzlich böse. Ganz schlimm war übrigens, dass Kinder auf der Demo instrumentalisiert wurden: Sie trugen Regenbogenfarben – das Symbol der Pädophilie. Als eine Rednerin für »sexuelle Vielfalt« warb und dafür Applaus erntete, schrie ich laut aus dem Publikum heraus: »Dann fahre doch Silvester nach Köln und halte deinen Arsch hin!« Wir sind dann früh wieder abgehauen. Die Energie dort war extrem negativ. Daheim habe ich eine Stunde geduscht und mich drei Mal mit Salz abgerieben, so beschmutzt fühlte ich mich.

DW: Frau Ziegler, vielen Dank für das Gespräch.

Briefe an die Redaktion

VERZWEIFLUNG UND ZORN
MÜSSEN ERST ZUNEHMEN

Lieber Anselm Lenz! Ich habe den *Demokratischen Widerstand* für drei Monate abonniert. Ein Jahres-Abo wird im Anschluss erfolgen. Danke dafür. Heute habe ich mir die Doku von Aya Velazquez »Geheimakte Corona-Expertenrat« angesehen. Sie ist hervorragend. Unfassbar, wie dieser Terror geschehen konnte. Wie wurden die Menschen schon viele Jahre zuvor darauf vorbereitet – durch Konsum, Propaganda, Normopathie, Amerikanisierung, Volksverblödung, krankmachenden Kapitalismus... Gott sei Dank habe ich von Anfang an gewusst, was da vor sich geht. Sie leisten mit Ihrer Zeitung

viel. Ich hoffe, es dauert nicht mehr lange und die Verbrecher kommen zu Fall. Ich denke immer wieder an das Zitat von Ignazio Silone: »Der Faschismus heute sagt nicht: Ich bin der Faschismus. Der Faschismus heute sagt: Ich bin der Antifaschismus.« Ich glaube daran, dass uns ein Zufall, Glücksfall aus dem wahren Leben, aus dem göttlichen Grund, aus dem Leben hinter dem Leben zu Hilfe kommt. Ich hatte mit Anfang 40 eine »Große Erfahrung« (Dürckheim).

Die Politik, die Kirche, sie sind kriminell. Lieber Herr Lenz, Sie und Ihre Mitarbeiter machen das Beste. Hoffen wir, dass der Leidensdruck in der Bevölkerung noch größer wird. Verzweiflung und Zorn müssen

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

erst zunehmen, dann wird der Widerstand uns hoffentlich die Befreiung bringen von diesen kranken Psychopathen wie Klaus Schwab, Ursula von der Leyen und allen anderen Tätern.
–Wolfgang Th., München

AUF DEM SCHIRM

✉ RUND BRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

📷 [instagram.com/demokratischerwiderstand](https://www.instagram.com/demokratischerwiderstand)

📻 t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

📘 [facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung](https://facebook.com/DemokratischerWiderstandZeitung)

📺 [youtube.com: Demokratischer Widerstand](https://youtube.com/DemokratischerWiderstand)

»Es herrscht Alarmstufe Rot«

Fuhrunternehmer Volker Bott spricht über die dramatische Situation seiner Branche | INTERVIEW von Klaus Müller

Die Misswirtschaft der Ampelregierung bringt jahrhundertalte Traditionsunternehmen in Bedrängnis. Unzählige Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Auch die Versorgungslage in den Supermärkten dürfte nicht mehr lange gesichert sein. Der DW sprach mit Volker Bott.

DW: Herr Bott, bitte stellen Sie sich kurz vor.

Volker Bott: Ich bin 69, Geschäftsführer der Spedition Kubo Transport GmbH & Co KG im hessischen Breitscheid, mit Logistikzentrum in Dillenburg. Wir beschäftigen rund 130 Mitarbeiter. Die Firma existiert seit 1918. Nach dem Ersten Weltkrieg ging es los mit einem Leiterwagen und zwei Pferden, die mein Opa bei einem Glücksspiel gewonnen hatte. Heute umfasst unser Fuhrpark 75 Zugmaschinen, vor Corona waren es noch 90. Wir sind tätig im Nah- und Fernverkehr sowie in der Logistik für verschiedene Unternehmen. Ich habe einst mit neun Jahren bei der Firma angefangen, bekam 30 Pfennig pro Stunde für das Waschen der LKW. Demnach bin ich seit 61 Jahren für das Unternehmen tätig. 1999 habe ich meinem Vater die Firma auf Rentenbasis abgekauft. Er bekam zehn Jahre lang jeden Monat 10.000 D-Mark von mir, sie kostete mich also 1,2 Millionen D-Mark.

DW: Ihre Branche kämpft mit enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Grund dafür ist insbesondere die Erhöhung des Mautsatzes von 19 Cent auf knapp 35 Cent je Kilometer, wovon bis 2025 lediglich emissionsfreie E-LKW ausgeschlossen sind. Was steckt dahinter und was bedeutet dies für Ihr Unternehmen?

V.B.: Ich weiß nicht, was die Regierung dazu veranlasst hat. Diesel ist nicht mehr gewollt, aber Elektro-LKW haben aus meiner Sicht keine Zukunft, verfügen nur über 500 Kilometer, im Winter gar nur 400 Kilometer Reichweite. Und das Ladestationen-Netz ist ungenügend. Unsere Branche unterliegt einem enormen Kostendruck in allen Bereichen. Nur ein Beispiel: Vor zwei Jahren hat eine Zugmaschine noch 98.000 Euro gekostet, heute liegt der Preis dafür bei 145.000 Euro. Jetzt kommt die Maut noch obendrauf. Für uns lagen die Kosten für die Maut bislang bei 900.000 Euro im Jahr, nun sind es rund zwei Millionen Euro, von denen ich bis zu 400.000 Euro selbst tragen muss, weil ich nicht die komplette Kostensteigerung an die Kunden weitergeben kann. Angeblich will die Regierung mit den Mehrerlösen die Bahn sanieren, aber aus meiner Sicht ist das nur ein Verwand, denn dafür reicht das Geld doch bei weitem nicht aus.

DW: Was werfen Sie der Regierung konkret vor?

V.B.: Dass sie mit dem Geld, das wir verdienen, nicht umgehen kann. Sie gibt es für alles Mögliche aus, etwa für Fahrradwege in Peru. Und Indien, das und wirtschaftlich schon längst den Rang abgelaufen hat, erhält rund fünf Milliarden Euro Entwicklungshilfe jährlich. Wer soll das noch verstehen? Der Mittelstand stemmt den Großteil der Wirtschaftsleistung unseres Landes und beschäftigt die meisten Mitarbeiter, weshalb er für den Wirtschaftsstandort



Blickt skeptisch in die Zukunft: Die Erhöhung der Maut macht Volker Bott, Geschäftsführer von Kubo Transport, schwer zu schaffen. Er hat kein Vertrauen mehr in die Regierung. Was ihm bleibt, ist, auf ein Wunder zu hoffen. Foto: privat.

Deutschland extrem wichtig ist. Wir Spediteure halten die Industrie am Laufen und versorgen die Menschen mit Lebensmitteln. Ohne uns würde nichts mehr gehen. Ein Großteil unserer Angestellten ackert rund um die Uhr, ist auch an den Wochenenden stets erreichbar. Wir leisten vollen Einsatz, aber die Motivation schwindet, weil die Rahmenbedingungen inzwischen miserabel sind.

Fürchten Sie um die Zukunft Ihres Unternehmens?

V.B.: Oh, ja. Es herrscht Alarmstufe Rot! Dunkelrot! Wir haben schon während der Corona-Zeit sehr gelitten, bei 13 Millionen Euro Umsatz gerade mal ein Prozent Gewinn erwirtschaftet und das Jahr 2023 sogar mit einem negativen Ergebnis abgeschlossen. Jetzt kommt noch die Maut hinzu. Wenn nicht ein grundlegender Politikwechsel erfolgt, sind 2024 schwere Zeiten für alle mittelständischen Unternehmen, also branchenübergreifend, angebrochen. Für viele gehen dann die Lichter aus. Der Schuss mit der Mauterhöhung geht für die Regierung komplett nach hinten los.

DW: Inwiefern?

V.B.: Zunächst einmal nimmt der Staat, wenn wir Verlust machen oder gar Pleite gehen, keine Gewerbesteuer mehr ein. Hinzu kommt: Die Leute, die dann auf der Straße landen, finden keinen neuen Job

mehr, denn wir wären ja nicht das einzige Unternehmen, das von der Bildfläche verschwindet. Diese Menschen müssen in der Folge dann vom Staat bezahlt werden. Von den Einnahmen der Mauterhöhung bleibt nichts mehr übrig, im Gegenteil: Der Staat würde sogar draufzahlen.

DW: Ein weiteres Problem Ihrer Branche ist laut Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL) der Mitarbeitermangel. Was sind die Gründe dafür?

V.B.: Der Branche fehlen mehr als 100.000 Fahrer. Die Arbeitsbedingungen sind schlecht, ebenso die Bezahlung. Mein Bestreben als Arbeitgeber war immer, dass die Leute, die für Kubo Transport arbeiten, sich ein Häuschen bauen, ein Mal im Jahr in Urlaub fahren und ihren Kindern eine vernünftige Ausbildung finanzieren können. Doch durch die extrem hohen Abzüge von bis zu 40 Prozent bleibt ihnen immer weniger in der Tasche. Wir haben deshalb versucht, Brutto- und Nettolöhne anzugleichen, indem wir unseren Mitarbeitern alles zahlen, was an steuerfreien Bezügen möglich ist, zum Beispiel Spesen und Nachtzuschläge. Vor zwei Jahren haben unsere Fahrer noch 2.400 bis 2.600 Euro brutto verdient, heute sind es 2.700 Euro netto.

DW: Aber dann stellen die Löhne doch kein Problem dar, oder?



Volker Bott ist sein Chef: Mirko Reichelt ist als LKW-Fahrer für Kubo Transport tätig. Er schilderte in DW 160 die Probleme, mit denen er und seine Fahrerkollegen im Berufsalltag zu kämpfen haben. Foto: privat.

V.B.: Wir sind in dieser Hinsicht kein normales Unternehmen. Mir sind meine Mitarbeiter sehr wichtig. Und ich möchte auch Menschen eine Chance geben, für die es im Leben nicht immer rund lief. Einige meiner Mitarbeiter saßen im Gefängnis, waren alkohol- oder drogenabhängig. Zudem haben wir in den letzten 25 Jahren 35 junge Menschen ohne Hauptschulabschluss ausgebildet. Sie alle sind dankbar für die Chance, die sie bei uns bekommen haben. Trotzdem erlebe ich immer öfter Situationen, etwa bei Vorstellungsgesprächen, in denen mir Bewerber sagen, dass sich die Arbeit für sie nicht lohnen würde, weil sie mit dem Bürgergeld auf einen ähnlichen Betrag kämen. Und das ist ein Unding: Die Politik muss dafür sorgen, dass sich Arbeit lohnt. Aber es ist nicht nur die Bezahlung, die Fahrer haben bei ihrer Arbeit aufgrund der Verkehrs- und Baustellendichte und des Termindrucks viel Stress. Hinzu kommt: Sie erhalten für ihren Job keine soziale Anerkennung. Viele Autofahrer fühlen sich durch die LKW behindert.

DW: Wie kann das sein? In der Corona-Zeit wurden die LKW-Fahrer doch noch beklatscht, weil sie dafür gesorgt haben, dass die Regale in den Supermärkten gefüllt blieben.

V.B.: Das ist längst alles vergessen. Wissen Sie, unter welchen Bedingungen unsere Fahrer während der Corona-Zeit arbeiten mussten? Wir haben sie damals alle mit Klappspaten und Seitenschneider ausgestattet. Weil die Toiletten auf den Rasthöfen aus Hygienegründen gesperrt waren, mussten sie sich Löcher in die Zäune schneiden und im Wald dann Löcher schaufeln, um dort ihre Notdurft verrichten zu können. Das waren unmenschliche Zustände.

DW: Wie groß ist die Gefahr, dass die Supermarktreale tatsächlich demnächst leer bleiben?

V.B.: Ich weiß nicht, wie die großen Firmen aufgestellt sind. Aber wenn sämtliche mittelständischen Fuhrunternehmen kurz- bis mittelfristig Pleite gehen, wird die Versorgung darunter leiden. Leere Supermarktreale sind dann schon sehr bald wahrscheinlich.

DW: Würde eine komplette Rücknahme der Maut-Erhöhung die Situation für Sie erheblich verbessern?

V.B.: Auf jeden Fall. Das würde uns ermöglichen, die Firma weiterführen zu können. Aber sie werden die Mauterhöhung nicht zurücknehmen. Nach der Demo in Berlin am 19. Januar haben sich alle Speditionsverbände zusammengeschlossen. Es soll eine Kommission unter Leitung von Verkehrsminister Wissing gegründet werden, in der man mögliche Hilfen für die Branche prüft. Ich befürchte, es wird allenfalls ein paar kleinere Zugeständnisse geben, die keinen entscheidenden Einfluss auf unsere derzeitige Situation haben werden.

DW: Mit welchen Gefühlen blicken Sie in die Zukunft?

V.B.: Mein Vertrauen in die Regierung ist weg. Wir können eigentlich nur noch auf ein Wunder hoffen. Aber mein Team und ich werden unser Bestes geben.

DW: Herr Bott, wir danken Ihnen für das Gespräch.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE von Wolfgang Greulich

KEIN VERSAGEN,
SONDERN VORSATZ

»Wer unsere Demokratie und Verfassung in Frage stellt, greift den deutschen Mittelstand an«, so eine aktuelle Erklärung von Senator a.D. Christoph Ahlhaus, seines Zeichens Vorsitzender des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft e.V.

Ja, es ist in der Tat so, unsere Demokratie wird seitens unserer Politik schon lange in Frage gestellt. Während der Pandemie, die offensichtlich keine war, wurde es ehrlich gesagt schon besonders deutlich, wie hier nicht nur Demokratie und Grundrechte, sondern gerade auch der deutsche Mittelstand mit Füßen getreten wurde. Schon beim ersten Lockdown wäre es notwendig gewesen, den deutschen Mittelstand komplett auf der Straße zu sehen, vereint für eine auf Fakten basierende Politik im Sinne einer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Aber nein, es wurde weggeschaut und mitgemacht, das eigene Denken abgeschaltet, den sogenannten Leitmedien immer noch vertraut und dabei noch der Nachbar diffamiert. Das hat schon was.

Ja, es ist so, der deutsche Mittelstand ist das wahre Rückgrat unserer Gesellschaft, die Menschen sind es, die Werte schaffen und schöpfen, die dazu beitragen, dass es in unserem Land ein Auskommen mit dem Einkommen gibt. Es ist die Politik, die unsere Wirtschaft in den Krisenmodus gesetzt hat und immer weiter setzt. Das Trio aus Scholz, Habeck und Lindner ist hierbei die Garantie dafür, dass es weiter in Richtung Exitus gehen wird. Und nein, das ist kein Versagen, sondern Vorsatz. Sie sind die Armleuchter des WEF, der verlängerte Arm einer im Westen verankerten Kriegskultur, die niemand braucht, die niemand möchte und die uns über die Jahrzehnte hinweg, von Merkel und Kohl gut vorbereitet, dem Abgrund näher gebracht hat.

Während sie also in Berlin in bewährter Uneinigkeit weiter den wirtschaftspolitischen Sturm erzeugen, fällt Deutschland nicht nur wirtschaftlich international immer weiter zurück. Selbst Spanien, Italien oder Frankreich dürften bald mehr Wirtschaftswachstum erzeugen als *good old Germany*. Einstweilen lacht der Rest der Welt über ein fremdbestimmtes Land, das sich selbst ruinieren will, weil die 99 Prozent nicht in der Lage sind, Politiker zu stoppen, die das eigene Land und seine Bewohner mit offenkundiger Verachtung belegen. Es ist traurig, sehr traurig.

Es braucht wirklich einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Wer steuert Deutschlands
Wirtschaft?

Eine ANALYSE von Ernst Wolff

Deutschlands Wirtschaft befindet sich in einer tiefen Krise, und es sieht nicht so aus, als ob sich die Dinge demnächst zum Besseren wenden würden. Im Gegenteil, alles deutet darauf hin, dass das Land, das in den Jahren 2003 bis 2008 immerhin sechsmal hintereinander Exportweltmeister war, weiter wirtschaftlichen Schaden nehmen und noch stärker hinter seine Konkurrenten zurückfallen wird.

In den Augen vieler liegt das an der Inkompetenz der politischen Führung und der Unfähigkeit der Wirtschaft, sich den Fehlentscheidungen der Politik wirksam zu widersetzen. Diese Einschätzung aber setzt voraus, dass diejenigen, die uns als »Führung« präsentiert werden, tatsächlich die Fäden in der Hand halten. Aber ist das so? Werfen wir zur Beantwortung der Frage einen Blick auf die Bereiche, in denen die für die Wirtschaft wichtigsten Entscheidungen getroffen werden.

EIN SCHWARZES
ZENTRALGESTIRN

Da ist zuerst einmal die Geldpolitik. Sie wird von der Europäischen Zentralbank (EZB) gesteuert. Die allerdings hängt seit der Weltfinanzkrise am Finanzdatenanalyse-System Aladdin des weltgrößten Vermögensverwalters BlackRock, der seitdem als Berater mitentscheidet, in welche Kanäle das von ihr geschöpfte Geld fließt. Da BlackRock bei der US-Zentralbank Federal Reserve und der Bank of England dieselbe Rolle einnimmt und die EZB ganz sicher keine Entscheidung ohne vorherige Absprache insbesondere mit der FED trifft, kann man festhalten: Die Deutschland betreffende Geldpolitik orientiert sich nicht an den Interessen der deutschen Wirtschaft, sondern in erster Linie an denen des Vermögensverwalters BlackRock.

Betrachten wir als nächstes die Wirtschaftspolitik. Federführend ist hier das Wirtschaftsministerium unter Führung des grünen Berufspolitikers Habeck, der nie einen Posten in der Wirtschaft bekleidet und auch keinerlei sonstige Qualifikation für sein Amt mitgebracht hat. Seine wichtigste Staatssekretärin und Wirtschaftsberaterin, von deren Expertise er auf Grund seiner mangelnden fachlichen Kompetenz vollständig abhängig ist, hat 20 Jahre lang in der City of London für die US-Großbank Morgan Stanley gearbeitet, bevor sie zu BlackRock und anschließend in Habecks Ministerium gewechselt ist.

Habecks Chef wiederum, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), wird in Wirtschaftsfragen von einem Ex-Banker aus den Reihen von Goldman-Sachs beraten. Einer der Hauptaktionäre von Goldman-Sachs ist niemand anders als ... BlackRock. Der größte Vermögensverwalter der Welt spielt also auch in der deutschen Wirtschaftspolitik eine entscheidende Rolle.

Sehen wir uns als nächstes die größten Spieler im deutschen Wirtschaftsraum an und werfen wir einen Blick auf die 40 im DAX börsennotierten Schwergewichte. Bei 33 von ihnen, unter anderem Bayer, BASF, Allianz und E.ON, zählt zu den Großaktionären – BlackRock. Aber das ist nicht alles. Auch



Slogans mit Kraft dahinter. Foto: Telegram/DW

Vanguard, State Street, Fidelity und weitere zählen dazu – und sie sind untrennbar mit BlackRock verbandelt. So ist Vanguard Hauptaktionär von BlackRock, während beide zu den Großaktionären von Fidelity und State Street zählen. Das heißt: Dreiviertel der deutschen Wirtschaftsgiganten sind zu unterschiedlichen Teilen den Interessen von BlackRock & Co. unterworfen.

Hinzu kommen weitere wichtige Querverbindungen. So sitzt BlackRock-Gründer und CEO Larry Fink seit 2019 zusammen mit Ex-Siemens-Chef Joe Kaeser, EZB-Chefin Lagarde und IWF-Chefin Georgiewa im Führungsgremium des Weltwirtschaftsforums WEF, zu dessen »Beitragenden« unter anderen Olaf Scholz und Robert Habeck und zu dessen Young Global Leaders (zu dt. etwa Junge Weltenlenker, Anm. d. Red.) Außenministerin Baerbock und Landwirtschaftsminister Özdemir zählen.

Wessen Interessen das WEF vertritt, verleiht ein Blick auf seine »Strategischen Partner«: Das sind rund 120 internationale Großkonzerne mit Milliardenumsätzen, die fast alle eines gemeinsam haben: Zu ihren Großaktionären zählen BlackRock, Vanguard, State Street und Fidelity. Bedenkt man, dass allein das von BlackRock und seinem Hauptaktionär Vanguard verwaltete Vermögen aktuell bei rund 16,3 Billionen Dollar liegt und dass Deutschlands Bruttoinlandsprodukt, also die Summe aller in Deutschland in einem Jahr produzierten Waren und erbrachten Dienstleistungen, aktuell bei knapp 4,3 Billionen Dollar liegt, dann bekommt man ein Gespür für das Ausmaß an finanzieller Macht, mit dem man es hier zu tun hat.

WAS BEDEUTET DAS NUN FÜR
UNSERE WIRTSCHAFTLICHE ZUKUNFT?

Ganz einfach: Sie wird nicht im Berliner Bundestag und auch nicht in den Chefetagen irgendwelcher in Deutschland ansässiger Großkonzerne entschieden, sondern in den Hauptquartieren von BlackRock & Co. – und zwar so lange, bis eine genügend große Anzahl Menschen in diesem Land erkennt, dass unser größtes Problem nicht in der Migration, ungesicherten Grenzen oder der Parteienzusammensetzung des Bundestags besteht, sondern in der seit Jahrzehnten anhaltenden Entfesselung des Finanzsektors und ihren für uns alle verheerenden Folgen.



Dieser Text erschien zuerst auf der unabhängigen Nachrichtenplattform apolut.net, wo er kostenlos als Audiostrecke einhörbar ist.

MELDUNG

ABSATZ VON ELEKTRO-AUTOS
BRICHT MASSIV EIN

München/DW. Ohne Subventionen sind sie nahezu unverkäuflich. Nach dem Wegfall der lukrativen Kaufprämien sind Elektroautos nur noch Ladenhüter. Im Dezember 2023 wurden noch knapp 54.700 neue Stromer zugelassen, was einem Anteil von 22,6 Prozent entspricht. Im Januar 2024 waren es dagegen nur noch 22.500, womit sich ihr Anteil auf 10,5 Prozent mehr als halbiert hat. Dies berichtet der Automobilclub ADAC nach Auswertung aktueller Zahlen des Kraftfahrt-Bundesamtes. (kmü)

ÖZDEMİR WIRBT
FÜR FLEISCHSTEUER

Berlin/DW. Unter dem Vorwand, dass für Nutztiere bessere Bedingungen erreicht werden sollen, plant der umstrittene Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (Bündnisgrüne) die Einführung einer Fleischsteuer, die er selbst beschönigend als »Tierwohl-Cent« bezeichnet. Der eigentliche Plan aber ist: Die Verbraucher sollen weiter geschröpft werden und höhere Verbraucherpreise zu einem geringeren Fleischkonsum führen. Während immer mehr Landwirte um ihre Existenz fürchten, sprach Özdemir Mitte Januar im Bundestag in Anbetracht seines Vorhabens von einer »Investition in die Zukunft der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in Deutschland«. (kmü)

STROM IN DEUTSCHLAND IM
SCHNITT 174 PROZENT TEURER

Berlin/DW. Aktuelle Preisdaten schockieren: Der Strom kostet in Deutschland im Schnitt 174 Prozent mehr als im Rest der Welt. So müssen Verbraucher hierzulande 31,80 Cent pro Kilowattstunde aufbringen, im internationalen Durchschnitt sind es dagegen nur 11,62 Cent. (kmü)

WÄRMEPUMPEN SCHEITERN
IN GROSSBRITANNIEN

London/DW. Die britische Regierung wollte Heizungshersteller zu größeren Absatzquoten verpflichten, um den Einbau von Wärmepumpen voranzutreiben. Vier Prozent ihres gesamten Absatzes sollten sie laut Gesetz, das eigentlich ab April gelten sollte, mit Wärmepumpen erzielen. Bis 2028 wollte man den Absatz von 600.000 Wärmepumpen jährlich erreichen, doch dieser Plan ist nun gescheitert: Die Kosten für die Verbraucher drohten laut Welt stark anzusteigen. (kmü)

MIESE ABZOCKE MIT
PARKGEBÜHREN

Paris/DW. Paris' sozialistische Bürgermeisterin Anne Hidalgo freut sich: Die Einwohner der französischen Hauptstadt haben am 4. Februar einer Verdreifachung der Parkgebühren für Geländewagen und SUV von Besuchern gestimmt. Demnach steigen die Gebühren für eine Stunde Parken im Zentrum von Paris jetzt von sechs auf 18 Euro, für sechs Stunden sollen sogar sage und schreibe 225 Euro fällig werden. In Deutschland stößt der Entscheid auf ein geteiltes Echo. (kmü)

DAS SCHEITERN DES WESTENS IN DER UKRAINE

Die EU beschloss Anfang Februar den Ostkrieg noch vier Jahre mit Milliardensummen zu unterstützen. Kann ja nichts schiefgehen | Eine EINSCHÄTZUNG von Nato-Insider Rainer Rupp

Trotz beispielloser Investitionen von US/EU/Nato in den Stellvertreterkrieg gegen Russland hat der kollektive Westen bereits jetzt eine für alle erkennbare, demütigende strategische Niederlage erlitten. Ebenso ist das hilf- und planlose Agieren der USA und einiger ihrer NATO-Vasallen im Nahen Osten zur Unterstützung Israels, strategisch zum Scheitern verurteilt.

Seit 23 Monaten führen US/EU/Nato mit Hilfe ihres zuerst gut bewaffneten und gut ausgebildeten Stellvertreters Ukraine Krieg gegen Russland. Mit Stand von Juli 2023 belief sich die westliche Militärhilfe für die Ukraine auf fast 100 Milliarden US-Dollar, und über die Hälfte davon stammte aus den Vereinigten Staaten. Diese militärische Hilfe überstieg das gesamte jährliche Militärbudget der Russischen Föderation – beispielsweise 82 Milliarden US-Dollar im Jahr 2022 – erheblich.

Die ganze Dimension der westlichen Hochrüstung der Ukraine wird aber erst dann richtig erkennbar, wenn man bedenkt, dass nur ein Drittel der russischen Militärausgaben für die Beschaffung von Rüstungsgütern ausgegeben wird. Mit dem großen Rest wird der tägliche Verbrauch der Armee von Sold, Essen, Unterkunft über Verbrauchsmittel wie Treib- und Schmierstoffe und Transportkosten bis hin nur militärtechnischen Forschung, beziehungsweise für Entwicklung, Tests und Auswertungen ausgegeben.

So gesehen übersteigt die Militärhilfe des kollektiven Westens die Jahresausgaben der Russen für neue Waffen um ein Vielfaches. Dazu müssten dann auch noch andere, für die ukrainischen Streitkräften wertvolle »Dienstleistungen« der US/Nato hinzugerechnet werden, wie beispielsweise die von US-Spionage-Satelliten gewonnen Echtzeit-Informationen über die Lage auf dem Schlachtfeld. Diese Art von besonders wertvollen »Dienstleistungen« sind in den 100 Milliarden westlicher Militärhilfe nicht einmal enthalten. Das sind großzügige Geschenke an die Ukraine, denn mit deren Menschenopfer, die inzwischen bereits eine halbe Million Gefallene erreichen, wollten die US/EU/Nato-Eliten ihr erklärtes Ziel erreichen: nämlich Russland wirtschaftlich und politisch zu schwächen und gesellschaftlich hinreichend zu destabilisieren, um den bösen Putin und seine Regierung in einem Maidan-ähnlichen, prowestlichen Putsch zu stürzen und nach Sibirien zu schicken.

EIGENEN ALBTRÄUMEN NACHHÄNGEN

Bei alle dem hat sich der kollektive Westen gründlich verrechnet. Die West-Eliten haben zu sehr ihrer eigenen Propaganda geglaubt, wonach Russland lediglich eine Tankstelle mit Atomraketen ist, die man, wenn es richtig angestellt wird, eben mal so rumschubsen konnte. Deshalb haben Washington und London der Ukraine nicht

erlaubt, das bereits Ende März 2022 in Istanbul in Grundsätzen ausgehandelte Friedensabkommen mit Russland abzuschließen. Stattdessen haben sie damals die ukrainische Führung von einem überwältigenden Sieg über Russland und der Rückeroberung der Krim und des Donbass überzeugt. All diese Erfolge würde Kiew Dank der versprochenen uneingeschränkten Hilfen der Nato einfahren.

Immerhin war die ukrainische Armee bereits seit 2014 systematisch von Nato-Ländern aufgerüstet und ausgebildet worden. Auch hatte man seit 8 Jahren entlang der Grenze zu den beiden abgespaltenen Donbass-Republiken sicher unüberwindliche Befestigungsanlagen gebaut, die angeblich jeden russischen Angriff im Keim ersticken würden. All das stellte sich als westliches Wunschdenken heraus.

Bereits im Frühling 2023 hatte die ukrainische Militärführung zweimal ihre gesamte Stärke an Menschen und Material, also zweimal ihre gesamten Streitkräfte im Krieg verschlissen. Trotzdem solle dann die nächste Offensive im Sommer 2023 den großen Durchbruch bis auf die Krim bringen. Dabei sollte ein ganzes Arsenal westlicher Wunderwaffen helfen, verbunden mit der massenhaften Ausbildung ukrainischer Soldaten an diesen Waffen und deren Einsatz gemäß westlicher, operativer Taktik. Über 60 Tausend ukrainische Soldaten wurden auf diese Weise rechtzeitig zur Sommer-Offensive nach Nato-Standards in Nato-Ländern, auch in Deutschland, ausgebildet. Zudem stellten Nato-Länder Tausende von an Nato-Waffen ausgebildeten »Söldner« der Ukraine zur Verfügung.

Dann, nach den ersten Wochen der Sommeroffensive, setzte der große Schock für die Ukraine und die Nato-Führung ein. Die wegen ihrer angeblichen technologischen Überlegenheit bejubelten, westlichen »Wunderwaffen« wurden oftmals von den Russen zu Schrott verwandelt noch bevor sie ihren ersten Schuss abgeben konnten. Zugleich erwies sich die operationelle Taktik der Nato, mit der die ukrainischen Bodentruppen für den Kampf gegen die Russen ausgebildet worden waren, als Komplettversager. Zugleich zeigten die Russen, dass sie ihr operativ-taktisches Konzept der Gefechtsführung mit »verbundenen Waffen« (combined arms warfare) von Monat zu Monat immer besser beherrschten. Die falsche Ausbildung der ukrainischen Soldaten durch die Nato hat letztlich zu zig-Tausenden von vermeidbaren Totalverlusten an Menschen und Material auf Seiten Kiews geführt.



Ein Ende des Lügenregimes fordert diese Gelbwesten-Demokratin in Göttingen. Foto: Georgi Belickin/DW

DIE SOMMERLÜGE

Die ukrainische Sommeroffensive im Auftrag der Nato veränderte den Frontverlauf so gut wie überhaupt nicht. Dafür aber hat die ukrainische Armee schwere Verluste erlitten, von denen sie sich selbst mit neuer NATO-Waffenhilfe dieses Jahr kaum erholen könnte. Aber auch in den Nato-Ländern selbst sind die Waffenarsenale kaum noch bestückt und das, was man noch hat, will man als Reserve für die eigenen Streitkräfte behalten.

So langsam scheint es auch die politische Kaste im kollektiven Westen zu begreifen, dass trotz ihrer massiven und beispiellosen Investition in diesen Stellvertreterkrieg gegen Russland bereits jetzt die Vereinigten Staaten und ihre Nato-Verbündeten für alle Welt erkennbar eine demütigende strategische Niederlage erlitten haben. Deren Nachwirkungen kann man bereits jetzt weltweit beobachten und es wird noch schlimmer kommen. Die Westeliten sind mit ihrem Latein am Ende. Entsprechend wächst die Panik in den Kreisen der westlichen Kriegstreiber und ihr Agieren wirkt immer hilf- und planloser.

Aber ihre Niederlage einzugestehen, ihren Platz für einen politischen und diplomatischen Neuanfang zu räumen, dazu fehlt ihnen der Anstand und die moralische Größe. Statt selbst die Konsequenzen für ihre gemachten Fehler zu ziehen, verlängern sie lieber den bereits verlorenen Krieg in der Ukraine auf Kosten weiterer zig Tausender Toter. Die unausweichliche Niederlage der Ukraine wird dadurch nur verzögert aber

MELDUNG

LIEBER NICHTS WISSEN

Stockholm/DW. Schweden stellte vergangene Woche die Ermittlungen zur Sprengung der Nordstream-2-Pipelines ein. Man sei »nicht befugt, in dieser Angelegenheit zu ermitteln«, so der Sicherheitsdienst am 7. Februar. Einen Verantwortlichen für den Terroranschlag auf die deutschen Heizungen wollen die Schweden nicht nennen. (hes)

HESSEN BALD VOR AFRIKA

Wilhelmshafen/DW. Das deutsche Kriegsschiff »Hessen« verließ am Morgen des 9. Februars mit 250 Soldaten an Bord den Hafen von Wilhelmshafen, um sich um »Freedom and Democracy« am Horn von Afrika zu kümmern. Dort hatte es Anschläge der sogenannten Huthi-Rebellen und massive Angriffe der US-Amerikaner gegeben. Ein Bundestagsmandat für den Kriegseinsatz gebe es zwar noch nicht, hieß es in regierungsnahen Medien, werde aber bis Ende des Monats, wenn Hessen dann am Horn von Afrika liege, bestimmt da sein. Da sind »die Experten« ganz zuversichtlich. (hes)

PLEITE-WESTEN WILL STEHLEN GEHEN

Berlin/DW. Die Regierungen der westlichen G7-Staaten beratschlagen in diesen Tagen darüber, wie sie beschlagnahmtes Zentralbankguthaben in Höhe von rund 300 Milliarden Dollar »legal« entwenden können, um damit den Krieg in der Ukraine weiter finanzieren zu können. Russland kündigte für diesen Fall an, ebenfalls westliches Geld für seine Kriegsfinanzierung einzuziehen. Finanzexperten warnen vor einer weiteren massiven Destabilisierung der Weltwirtschaft durch dieses Vorgehen. Währenddessen bombardieren die USA Stellungen am Horn von Afrika. (hes)

nicht abgewendet werden. An der absehbaren Niederlage werden auch die jetzt von der EU durchgesetzten 50 Milliarden Euro für die Finanzierung des Ukrainischen Staatsapparats auf weitere vier Jahre nicht ändern. Erstens sind 12,5 Milliarden Euro im Jahr nicht genug, um den korruptesten Staat Eurasiens am Laufen zu halten. Zweitens stehen die Chancen, dass die USA mit mindestens ebenso großen Summen für die Ukraine einspringen werden, nicht gerade gut, egal ob nun Trump oder jemand anders im Herbst zum neuen Präsidenten gewählt wird.

Welchen Effekt die neuen EU-Milliarden im ukrainischen Fass ohne Boden des Selenskij-Regimes haben werden, ist schwer zu sagen. Aber am Kauf einiger zusätzlichen Villen in Miami oder an der Riviera durch die Stützen des Regimes wird man erkennen, ob unsere EU-Milliarden auch gut angekommen sind.



Publizist Rainer Rupp war DDR-Spion im Nato-Hauptquartier. 1983 verhin-derte er wahrscheinlich einen Atomkrieg.

Auf apolut.net kann dieser Text kostenlos als Audiostrecke angehört werden. Wir danken Autor und Kollegen für die Möglichkeit des Abdrucks.



DER DAMMBRUCH | Am Mittwoch, 7. Februar 2024, setzte das Regime erstmals die paramilitärische EU-Truppe Eurogendfor gegen die Arbeiter- und Bauernmacht für Frieden und Freiheit in Granada ein, die eine Autobahn verbarrikadiert hatte. Daraufhin solidarisierte sich die portugiesische, katalanische und französische Bauernmacht und rief zur »Kampfmobilisierung« auf. (Foto: ano)



DÜPIERTE GUARDIA CIVIL | Am Nachmittag des 7. Februar hatte die spanische Bauernmacht die verrufene Madrider Prügeltruppe Guardia Civil düpiert: In der Estremadura umfuhren die Traktoren die Barrikaden der Staatsmacht, um ihren Kampf gegen den US-Plattformkapitalismus, die Nato-Besetzung und die Zerstörungsstrategie gegen die Landwirte weiterzuführen. Foto: ano



EUROPAWEITE KAMPFMOBILISIERUNG FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT | Italien steht auf den Flughäfen von Mailand (auf dem Bild, Weg zum Flughafen), belgische und niederländische Bauern errichten gemeinsam Barrikaden auf Autobahnen und an Grenzübergängen. Widerständler demonstrieren in gemeinsamen bürgerschaftlichen Engagement. Bei den Aktionen sind auch Kameras und Funkmasten, besprühten Politikerhäuser und Präfekturgebäude mit Jauche. Der Widerstand von Portugiesen, Deutschen, Polen, Tschechen, Letten, Schweden: Die bekannt gewordenen der Aktionen ist sehr umfangreich. Die gleichgeschalteten Medien berichten fast nichts. Die europäischen Völker stehen auf gegen Nato, Kriegstreiberei, Spionage, Überwachung, übergriffige Staatsangestellte und Behörden – und vor allem gegen die parasitäre politmediale Kaste. Foto: Basta Diffattura

Weshalb wir zuerst mobilisieren Für den Frieden!

»Unsere Herrschften kriegen ordentlich Fracksausen und organisieren sich eine Fake-Bewegung herbei (gegen Rechts), um Rückhalt in der Bevölkerung zu simulieren. Diesen Rückhalt haben sie außerhalb von den gut bezahlten Funktionärszimmern nicht. Das machen zur Zeit auch die Bauern klar«, so mein Kollege, der Journalist, Verleger und Konzertpianist Hendrik Sodenkamp am Donnerstag.

Die Regierungsdemos sind Massenkundgebungen, die gegen jenen Teil der Leute im Land gerichtet ist, die der Regierung im Wege stehen. Wenn solche Vorgänge etwa von Staatsoberhäuptern mit in Gang gesetzt werden und massenhaft erfolgreich sind (wie in Berlin um den Bundestag am zurückliegenden Samstag zu beobachten war), stehen am Ende der ausgelösten gesellschaftlichen Prozesse immer Pogrome oder Pogromversuche. Es gibt geschichtlich keine Ausnahme, die mir bekannt wäre.

Folgerichtig frohlockten hochbezahlte Staatsfunktionäre im Rausch der Masse vor dem Bundestag gestern, sie wollten jetzt »Faschisten« die »Nase blutig schlagen« und »die Birne eintreten«. – Nun,

»Faschisten« sind diese Leute nach Dimitroff-Definition und allen anderen vernünftigen Faschismus-Definitionen selber, zudem Apparatsmitarbeiter, oft in so hohen Positionen, dass sie für alle politischen und viele ökonomischen Verhältnisse direkt verantwortlich gemacht werden müssen.

WER IST ALS
NÄCHSTES DRAN?

Einmal sind es die Griechen, dann sind es die Katalanen, dann sind es die Gelbwesten oder in Deutschland die TTIP-Gegner, dann ist es die neue Friedens- und Demokratiebewegung, dann ist es die legale AfD-Partei (die an der Macht nichts ändern kann), dann sind es Abweichler in den eigenen Reihen des Apparates (zum Beispiel Wagenknecht), dann doch nicht, dann ist es Russland, dann ist es Trump, dann sind es die Freien Wähler, dann doch nicht, dann sind es Kommunisten...

... dann sind es Christen, dann sind es echte Liberale, dann sind es Palästinenser, dann Journalisten, dann sind es Männer, dann sind es Mütter, dann sind es Kinder, dann sind es Islam-Angehörige, dann sind es Bio-Deutsche, dann sind es Sachsen, dann der eigene Ex-Geheimdienst-Chef...

... dann Wohnmobillfahrer, dann grüßende Feuerwehrleute, dann Bauern, dann

Journalisten, dann Herzchen zeigende Polizisten und dann wieder von vorn – wann sind Sie dran? Wenn Sie Arbeiter sind beziehungsweise auch sonst keine dicke Erbschaft im Rücken haben, sind Sie es schon lange.

SEIT DEM VOLKSENTSCHEID
FÜR DEN »BREXIT«...

... sind unsere »Verantwortlichen« und deren Fahنشwenker schwer beleidigt, vor allem seit dessen Vollzug. Und die glauben teils tatsächlich, in Putin ihren persönlichen Hitler zu jagen; sind der Ansicht, dass riesige durchrationalisierte, vereinheitlichte Flächenstaaten, die Leyen-EU, etwas Gutes seien – und das auch noch unter korporatistisch-kapitalistischen Vorzeichen, top-down.

Wenn kriegführende, Ausnahmezustände verhängende, die Opposition wie freie Presse verfolgende und industrielle Massenspritzungen mit massenhaften Schädigungen und Todesfolgen vornehmende Regierungen von den Massen besungen werden – wie am Samstag vor dem Bundestag geschehen – dann bleiben nur noch

- der Kampf,
- der Untergrund,
- die innere Emigration (toi, toi, toi)
- oder das Exil.

Ich wähle den Kampf. Das ist mein voller Ernst.

• Die europaweiten Demonstrationen der Bauernmacht sind zwar teilweise von Funktionären orchestriert, die am Ende der Gesamt-Agenda des Regimes dienen werden. Die Bauern sind aber nicht geschlossen kontrollierbar. Die einmal entfesselte Bauernmacht wird sich nicht mehr einfangen lassen, das zeigt sich in der ablaufenden Woche. Die Bauern werden jetzt auf der Straße von Gelbwesten und Demokratiebewegung unterstützt.

• Die Kriegstreiberei hat in BRD und Nato in den zurückliegenden Wochen Ausmaße wie noch nie angenommen. Das Säbelrasseln in den Köpfen sollten wir abfangen und die freigesetzten Energien für uns Friedens- und Verfassungsfreunde sublimieren. Wir stehen für unser Land und wir wollen Frieden!

• Das Regime will offenbar unbedingt in einen noch größeren »heißen Krieg«. Wir sollten vorab den Widerstand formieren und uns ganz ernsthaft auf die konkrete, gegenwärtige, physische Arbeit gegen die Kriegsmaschinerie und Kriegspropaganda vorbereiten. Zuletzt hieß es zudem auch noch, der BRD-Apparat wolle jetzt Söldner aus den Kriegen Afrikas anwerben.



und blockiert
niederländische
n, französische
bezahlstationen,
uche, dazu der
iste allein der
Konzernmedien
britzengenoizid,
eine pervers-



VÖLKER EUROPAS IM WIDERSTAND | Der Widerstand der niederländischen Arbeiter- und Bauernmacht für Frieden und Freiheit eskaliert in der Nacht von 5. auf 6. Februar, als die Landwirte von Staatsangestellten auf der Autobahn angegriffen werden. Foto: Klokkenluiders



EUROPA KIPPT IN DEN BÜRGERKRIEG | Die Bauern- und Arbeitermacht Spanien besetzt am Mittwochabend das Konzernlogistikzentrum in Antequera in Andalusien nahe der Stadt Málaga, nachdem das Regime die paramilitärische Truppe Eurogendfor in Granada eingesetzt hatte. Daraufhin setzte das Regime Tränengas gegen die Bauern in Antequera ein.

Europa kippt in den Bürgerkrieg: Neofaschistisches Regime einerseits, Menschen andererseits – und dieser Bürgerkrieg wurde vom Regime final am 7. Januar 2024 in Granada mit dem Einsatz der Eurogendfor gegen die eigenen Bürger begonnen. Fotos: Resistencia 2024



Das Letzte – von Anselm Lenz

**SEHR GEEHRTE LESERINNEN,
NICHT MINDER GESCHÄTZTE LESER,
HALLO KINDER!**

Immer mal wieder werden wir darauf angesprochen, was es denn mit dem Zwist mit einem gewissen Baurechtler auf sich habe, der sich uns allen im Sommer 2020 als »Markus Haintz« vorstellte.

Nun, ganz einfach. Wer braucht Feinde wie etwa die feist durchfinanzierte Propaganda-Klitsche »Correctiv«, wenn man »Markus Haintz« als ... Freund hat?

Der vergleichsweise junge und unerfahrene Jurist verschickt in der gesamten neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit Ende 2020 wie manisch Abmahnungen, Anklagen, Rechnungen und sonstigen Schweinkram – übrigens immer in den Momenten, in denen für die betreffenden Personen und Entitäten besondere Ereignisse bevorstehen.

So gelang es Haintz etwa durch einen spektakulär inszenierten Parteiaustritt Tage vor der Bundestagswahl 2021, die Chancen seiner Partei »Die Basis« wesentlich zu senken. Er sabotierte Michael Ballweg und die Gruppe »Querdenken«, indem er diese 2020 dafür denunzierte, dass diese an einem Meeting mit dem Aussteiger-Fun-Papst Peter Fitzek teilnahm... und es gibt 1.000 weitere Fälle, in denen Haintz das Spiel des Regimes spielte, als wolle er am Ende doch nur Markus Söder gefallen. Wie wir heute wissen, beruhte dies bei Haintz nicht auf Auswiegung, Angst oder Anbiederei: Er agiert mit Absicht so, er will möglichst viel rausholen und möglichst viel kaputtkriegen, wie ein Gambler an einem Geldspielapparat, der immer wieder auf den Daddelautomaten draufhaut.

Zunächst war ich davon ausgegangen, dass »der Maggus« einfach Rücksicht auf seine eigene Karriere nahm, also den Kontakt zum »Mainstream« nicht ganz abreißen lassen wollte, auf der Suche nach dem richtigen Weg stark fluktuierte, dem augenöngigten Abgrenzungs-Game immer wieder unterlag, selber also Opfer von V-Leuten und Meinungsmachern des Regimes wie »Correctiv« wurde. Mittlerweile aber ist es sonnenklar, dass Haintz in der Art eines Gelben Gewerkschafters wie etwa dem berühmigten Jörg Reichel von DJU-Verdi nicht die Interessen derer Vertritt, von denen Mitgliedsbeiträge oder Spenden eingesammelt werden, sondern nur an der Oberfläche Zeichen und Meldungen aussendet, die in die Honigfalle locken sollen. Der vormalige Telefonberatungs-Jurist Haintz hat sich mittlerweile eine Villa auf Malle gebaut. Auch der DW wurde Opfer seiner Denunziati-on, aber der DW vergisst nicht und ist stärker, als es in den Online-Feuerwerk-Welten für Typen wie Haintz den Anschein machen mag. Bei einer solchen Sachlage ist es einfach nicht die Frage, ob man sich noch zusammenraufen möchte. Es ist einfach klar, dass Haintz entgegen der neuen Friedens- und Demokratiebewegung arbeitet. – Wir im Allgemeinen, und auch ich im Speziellen, haben das Haintz'sche Problem glücklicherweise nicht. Seit 28. März 2020 haben wir den Fünf-Punkte-Plan, der zugleich auch Redaktionsstatut dieser Zeitung ist (siehe Seite 2 unten links).

Unsere Bewegung und unsere Zeitung sind also glasklar am Fünf-Punkte-Plan zu messen. Dafür machen wir das. Unsere Sache, unser Tun und Lassen, hat einen Anfangspunkt und Ziele, die uns bei Erreichen überflüssig machen und beenden. Angesichts der teilweisen Fake-Demos »gegen Rechts« (haha, den Trick kennen wir nun in- und auswendig!) und der immer schrilleren Nato-Aufrüstungs- und Kriegspropaganda rufen wir mit dieser Ausgabe zur Kampfmobilisierung auf. Ihre Termine können Sie uns an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de senden.

Freundlich achtungsvoll grüßt Sie bester Dinge
Anselm Lenz, Journalist, Verleger

n?

Ein AUFRUF von Anselm Lenz

• Unmittelbare Kriegsgefahr: Kriegs- und machtlüsterne Kreise stehen in den USA und in der BRD sprichwörtlich mit dem Rücken zur Wand, aber auch in anderen Ländern, zum Beispiel in der Ukraine, eventuell auch in Russland. In solchen Situationen kommt es in der Geschichte leicht zu kriegsauslösenden Momenten, meist Kriegslügen mit inszenierten Attentaten und so weiter (Datum plus »die Bilder, die wir gesehen haben«). Sobald ein großer Krieg begonnen hat, müssen die Wahlen in den USA und in der BRD nur noch verschoben werden oder finden unter Kriegswirren statt. Das will der Feind.

• Die EU versucht sich derzeit mit einem Einigungskrieg an der Ostfront und drastischen Maßnahmen nach innen absolut zu setzen, also zum durchrationalisierten Zentralstaat zu werden. Es zeigt sich aber in der Geschichte, dass große, durchrationalisierte, zentralisierte Flächenstaaten keinesfalls erfolgreicher oder lebenswerter sind. Kleine Länder, Föderationen, unabhängige Gebiete und freie Städte, die nicht komplett durchrationalisiert sind – sondern die Souveränität über grundlegende Angelegenheiten bei sich halten –, sind zumeist erfolgreicher, beliebter, freier, sozialer, kinderfreundlicher, feiner und lebenswerter, werden häufiger bereist, sind viel friedlicher nach innen und außen – und zumeist auch noch hübscher.

• Teile des BRD-Staatsapparates und die Verantwortlichen haben in den zurückliegenden Jahren alles an Gesetzen gebrochen, das zu brechen war und einige der grauenhaftesten Verbrechen in historischen Menschheitsmaßstäben begangen, sie geplant, durchgeführt oder daran mitgewirkt. Es gilt diesen Apparat mit allen notwendigen Mitteln nach Art. 20 Abs. 4 GG und allen weiteren ethischen und rechtlichen Erwägungen einzudämmen und, wenn nötig und möglich, zurückzuschlagen.

• Angriffe auf uns – jedweder Art – verursachen hohe Kosten, führen zu nationalen und internationalen Skandalen und enden möglicherweise in einem fürchterlichen Fiasko. Ein Angriff auf einen von uns ist ein Angriff auf alle von uns, zieht also unser aller unmittelbare, spürbare Antwort nach sich.

Wir stehen seit 28. März 2020 zum Fünf-Punkte-Plan, der durch und durch gutherzig, versöhnlich und realistisch durchführbar ist. Einladung: Senden Sie Ihre öffentlichen & angekündigten Termine gern zur Information und Weiterverbreitung an veranstaltung (ätt) demokratischerwiderstand.de und verteilen/legen aus/übergeben/verkaufen Sie gern die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand, die Zeitung der Demokratiebewegung.

HOFFNUNG?
»Mit (Links-)Liberalen wie diesen hier, wer braucht da noch Faschisten?« – Gibt es vielleicht doch etwas Hoffnung am Rande der neuen Fake-Staatsdemos »gegen Rechts«?

Foto: DW-Bildschirmfoto von Instagram »Rote Memes«



Wir gehen weiter voll in die gemeinsame Kampfmobilisierung für unsere Ziele, gegen die da oben. Wir sind die einzigen, die ein echtes Verständigungsangebot »von unten nach oben« haben und sich längst nicht mehr appellativ an die politmediale Kaste wenden. Die fliegen raus und

WIR SIND DA!

I. SOFORTIGES ENDE DER CORONA-MAßNAHMEN AUCH IN DEUTSCHLAND.

II. WIEDEREINHALTUNG DES GRUNDGESETZES, DES NÜRNBERGER KODEXES, DES MENSCHENRECHTES IN WORTLAUT UND SINN.

III. NEUWAHLEN, BRECHUNG DES PARTEIENPRIVILEGS, IMPERATIVES MANDAT.

IV. VOLKSENTSCHIED E ÜBER ALLE GRUNDLEGENDE ANGELEGENHEITEN.

V. VERFASSUNGSERNEUERUNG AUF BASIS DES GRUNDGESETZES MIT WIRTSCHAFTS- UND SOZIALCHARTA.

Dieser DW-Text ist teilweise aus den Newslettern NichtOhneUns.de des selben Autors zusammengestellt.

GEHEN WIR HINDURCH?

Verfassungsbruch, Todesspritzen, Krieg, Carlson, Epstein, Assange, Snowden. Mit den europaweiten Bauernaufständen hat die Demokratiebewegung jetzt die Gelegenheit, den Durchbruch zu erzielen.
BERICHT und KOMMENTAR von Anselm Lenz

Bereits im Jahr 2020 machte ich die Erfahrung: Es gibt die, die ihre Videokonferenzen abhalten, viel Redebedarf haben, dabei strukturell nichts hinkriegen – außer ebenjenen Videokonferenzen, Spenden anhäufen, vielleicht mal einer Klage und ein paar Blog-Kommentaren. Und dann gibt es noch die Leute, wie wirklich etwas machen: Bauern, Straßendemonstranten, Organisateurinnen und deren Unterstützer.

»Wer brachte Jeffrey Epstein um?« Das fragt der US-Journalist und Aufklärer Tucker Carlson den Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, in einem am Donnerstagabend mitteleuropäischer Zeit veröffentlichten Interview. »Epstein war ein US-amerikanischer Investmentbanker und verurteilter Sexualstraftäter. 2019 wurde er angeklagt, einen Ring zur sexuellen Ausbeutung Minderjähriger unterhalten zu haben«, so das ansonsten umstrittene Online-Lexikon Wikipedia wahrheitsgemäß.

Der Milliardär Epstein war am 10. August in der Stadt New York ermordet worden, sehr wahrscheinlich weil zu seinen »Kunden« auf seiner »Lolita-Insel« führende Politiker und Konzernoligarchen aus den USA und aller Welt zählten. Die Antwort Putins im Interview: »Hillary Clinton hat es irgendwie hinbekommen, es gibt einen Grund, warum wir



Anfang Februar 2024: Panische Bauern verbrennen Fahne mit dem Logo der »Agenda 2030« des Tiefen Staates. Foto: 28. März | Arbeiter- und Bauernmacht für Frieden und Freiheit



Cottbus im Januar 2024 mit Schwarz-Rot-Gold: Medienkonzerne, DGB-Gewerkschaften, Pharma, Rüstung und Politmafia sind eine faschistisch-massenmörderische Allianz eingegangen. Was kann für die Abwehrkämpfe verbinden? Die Nation und vielleicht die Zehn Gebote. Foto: Demo Bilder Deutschland

sie Killary Clinton nennen.« Die Interviewreise unseres Kollegen Tucker Carlson, der früher als strammer »rechtsaußen« Republikaner galt und heute sozialdemokratische Töne anschlägt, schlägt Wellen.

Gemutmaß wird, Carlson werde die Wiederreise in die USA verweigert werden. Carlson hatte das Gespräch mit Putin in Moskau geführt. Vergleiche zu Edward Snowden und vor allem Julian Assange werden gezogen. Snowden war relativ hoher CIA-Agent, wurde dann aber zum »Whistleblower« – zum öffentlichen Aufklärer und Mahner –, weil er ab Sommer 2013 Auskunft über das Ausmaß der weltweiten Überwachungs- und Spionagepraktiken von Geheimdiensten – überwiegend jenen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs« gab, so abermals Wikipedia.

AUFKLÄRUNG ZUM US-FASCHISMUS

Der Journalist und Programmierer Julian Assange legte mit der Aufklärungsplattform Wikileaks dar, wie die USA systematisch Kriegsverbrechen bei der völkerrechtswidrigen Invasion der Republik Irak begingen. Snowden lebt im Exil in Russland, Julian Assange sitzt unter fadenscheiniger Anklage seit Jahren in Folterhaft in London, seine Auslieferung an das US-Imperium steht

im Februar bevor, zahlreiche Veranstaltungen weisen weltweit darauf hin.

Die »Agenda 2030«, die wie so viele faschistische Maßnahmen und gemachte »Trends« heute in heiteren Regenbogenfarben maskiert daherkommen, ist keine heitere Sache. Das Programm sieht utner anderem die Auflösung der Landwirtschaft mit Bauernhöfen zu Gunsten des US-Plattform- und Konzernkapitalismus vor. In Deutschland wird im Zuge der Agenda seit 2030 die BRD-Wirtschaft praktisch final abgewickelt (DW berichtet konstant). Als Werkzeug und Aushängeschild agiert der Parteiapparat Bündnis 90 / Die Grünen, die dementsprechend auch die US-Kriegsagenda vorantreiben, wie sonst keine andere Partei.

Was ist dabei »Rechts«, was ist »Links«? Eine seit Jahrhunderten sehr interessante Frage, die zuletzt vor allem der Herrschaftsapparat immer wieder aufwirft, der sich selbst offenbar eher als »Links« betrachtet sehen möchte. Er lässt »gegen Rechts« agieren und ausschreiten, wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik.

Am Mittwoch wurde bekannt, dass das Regime die Zeitungskioske des Nachrichtenmagazins »Compact« erpresste, das seit 2010 unter anderem erfolgreiche Aufklärung zum US-Faschismus bringt und Terroragenden des Apparates bloßstellt. Da die organisierte »Linke« völlig versagt, scheint der Schlüssel für Compact offenbar in einer nostalgischen »Rechten« gefunden zu werden, insofern sind die Hefte in der Tat »Rechts«.

Es ist aber im Grunde gleichgültig, was jemand sonst noch so denkt. Wir Menschen sehen uns einer zutiefst menschenfeindlichen und massenmörderischen Agenda gegenüber, die mit Geheimverträgen agiert, sich der demokratischen Kontrolle entzieht, den Rechtsstaat geschleift hat, die Leute kaputtspritz und die Aufklärung unterdrückt.

Dagegen kann es nur einen universellen Volkswiderstand geben, kein Gedanken-Schaulaufen. Mit der strukturellen Kraft der Bauernaufstände ist nun das Tor zum Sieg für die neue Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020 aufgestoßen. Halten wir uns weiter im Internet auf – oder gehen wir hindurch?



Foto: Katja Palla.

ZITAT DER WOCHE

»Ich sehe eine hysterisch wachsende Gewaltbereitschaft, die von der Ampel nach Kräften unterstützt wird. Jeder, der anders denkt als die wankende Regierung, wird auf organisierten Massenveranstaltungen für vogelfrei erklärt. Und die Masse berauscht sich, wie schon bei Corona.«

Journalistin und Moderatorin Milena Preradovic am 4. Februar 2024 auf X.

Hin Da!

KULTURKALENDER

10.02.2024 • Berlin; Musikbrauerei, Greifswalder Str.23 a, 10405 Berlin • MASKENBALL • »Faschingsparty« mit Yann Song King, Captain Future und Euch • ab 22:00 Uhr • Tickets: 15€ unter maskenball.events, Abendkasse 20€

11.02.2024 • Herrenberg; Stadthalle, Seestr. 29, 71083 Herrenberg • PARTY • »Faschings-Sonntag« mit Künstlern für Frieden und Freiheit: Alien's best friend, Ludger K., AON, Kilez More und andere • ab 14:00 Uhr • Tickets: 30€ unter krasser.guru

11.02.2024 • Koblenz; Deinhard Sektmuseum, Deinhardplatz 3, 56068 Koblenz • VORTRAG • »Freiheit statt Moral!n - Für eine offene Debatte« von und mit Philosoph Dr. Michael Andrick • 15:00 Uhr, Einlass ab 14:00 Uhr • Tickets ab 10€ unter krasser.guru

16.02.2024 • Berlin; Rudolf Steiner Haus, Bernadoteststr. 90 - 92, 14195 Berlin • VORTRAG • »Freiheit statt Moral!n - Für eine offene Debatte« von und mit Philosoph Dr. Michael Andrick • 19:00 Uhr - 21:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten

17.02.2024 • Berlin; Theater unterm Turm, Düsseldorfer Str. 2, 10719 Berlin • KABARETT • »Schluss. Aus. Sense.« der Jahresrückblick mit Ludger K. • 20:00 Uhr • Tickets: 26,80€ unter theateruntermurm.com

17.02.2024 • Jestedburg; Heimatmuseum, Niedersachsenplatz 5, 21266 Jestedburg • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • 20:00 Uhr • Tickets unter kabarett-musik.de

17.18.02.2024 • Neuss ;Dorint Kongresshotel, Selikumer Str. 25, 41460 Neuss • SEMINAR/ VORTRAG • »Ich will leben, lieben und geliebt werden« 2-tägiges Aufstellungsseminar und Vortrag mit Prof.Dr. Franz Ruppert • Samstag 9:30 Uhr bis Sonntag 18:30 Uhr • Tickets: 330€ und weitere Informationen unter krasser.guru

18.02.2024 • Berlin; Theater unterm Turm, Düsseldorfer Str. 2, 10719 Berlin • KABARETT • »Schluss. Aus. Sense.« der Jahresrückblick mit Ludger K. • 17:00 Uhr • Tickets: 26,80€ unter theateruntermurm.com

19.02.2024 • Bad Dürkheim; genauer Ort wird noch mitgeteilt • VORTRAG • »Die Macht der Propaganda« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:30 Uhr, Einlass ab 17:30 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

20.02.2024 • Fellbach; Goldbergwerk, Schaaflandsdr. 6, 70736 Fellbach • FAIRTALK • »Wasser predigen und Wein saufen - Die große Doppelmoral« mit Jens Lehrich und Gästen • 19:00 Uhr - 21:00 Uhr • Tickets: 25€ unter krasser.guru

21.02.2024 • Fellbach;Goldbergwerk, Schaaflandsdr.6, 70736 Fellbach • FAIRTALK • »Solidarität oder Selbstbedienung - Steuern sind...was denn überhaupt?« mit Jens Lehrich und Gästen • 19:00 Uhr - 22:00 Uhr • Tickets: 25€ unter krasser.guru

22.02.2024 • Berlin; Rudolf Steiner Haus, Bernadoteststr.90 - 92,14195 Berlin • VORTRAG • Ulrike Guerot • 19:00 Uhr • weitere Infos folgen

22.02.2024 • Fellbach;Goldbergwerk, Schaaflandsdr.6, 70736 Fellbach • FAIRTALK • »Wasser - die Quelle des Lebens« mit Jens Lehrich und Gästen • 19:00 Uhr - 22:00 Uhr • Tickets: 25€ unter krasser.guru

23.02.2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr.26, 10117 Berlin • VORTRAG • »Wohin führt die neue Seidenstrasse« von und mit Tobias Baumann (Neue Gesellschaft für Psychologie) • 19:00 Uhr • Eintritt frei

24.02.2024 • Zossen; Restaurant Alter Krug, Hauptstr. 15, 15806 Zossen - OT Kallinchen • VORTRAG • »Das Erlebnis Gesundheit« mit Dr. Stefan Hügel, Mareen Albrecht u.v.m. • 14:00 Uhr - 20:00 Uhr • Anmeldung unter info@alter-krug-kallinchen.de

25.02.2024 • Rostock; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 17:00 Uhr - 19:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

26.02.2024 • Leipzig; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 19:00 Uhr - 21:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

27.02.2024 • Hamburg; Musiksaal, Besenbinderhof 57a, 20097 Hamburg • GESPRÄCH • »Aufstand gegen Idiotie und Idologie« Peter Hahne im Gespräch mit Jens Lehrich • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 25€ unter krasser.guru

27.02.2024 • Weimar;Schiesshaus,Johann-Heinrich-Gentzplatz 1, 99425 Weimar • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 19:00 Uhr - 21:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

28.02.2024 • Berlin; ACUD Kino, Veteranenstr. 21, 10119 Berlin • FILM/ GESPRÄCH • »thaka - a father. a family. a fight for justice.« OmU • 18:00 Uhr • Tickets: 8€ unter acudkino.de

28.02.2024 • Dresden; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Zeitenwende« von und mit Ernst Wolff • 19:00 Uhr - 21:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

02.03.2024 • Neustadt; Adresse wird bekannt gegeben • SYMPOSIUM • »Artikel 146 GG - ein Ausweg aus der Krise« mit Prof. Dr. Ulrike Guerot, Rechtsanwalt Carlos A. Gebauer und Ralph Boes, moderiert von Traumatherapeutin Birgit Assel • 15:30 Uhr - 21:30 Uhr • Tickets: ab 35€ unter krasser.guru

03.03.2024 • Taufkirchen; Kultur und Kongresszentrum, Köglweg 3, 82024 Taufkirchen • WOR KSHOP • »Achtsamkeit« ein Tag mit Dr. Daniele Ganser • 10:00 Uhr - 17:00 Uhr • Tickets: 180€ unter krasser.guru

04.03.2024 • Ingolstadt; Schloßblände 24, 85049 Ingolstadt • VORTRAG • »Weltfrieden« von Dr. Daniele Ganser • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets:29,90€ unter krasser.guru

06.03.2024 • Bad Aibling; Käufer werden vor der Veranstaltung über Details informiert • VORTRAG • »Angst essen Freiheit auf« von Kayvan Soufi-Siavash • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

06.03.2024 • Hannover; genauer Ort wird noch bekanntgegeben • VORTRAG • »Wie wollen wir in Zukunft miteinander leben?« von Jens Lehrich • 19:30 Uhr - 22:30 Uhr, Einlass ab 18:30 Uhr • Tickets: 25€ unter krasser.guru

07.03.2024 • Hartmannsdorf; Gaststätte Elli Kröbner, Untere Hauptstr. 45, 09232 Hartmannsdorf • DELIKAT ESSEN • »Begegnungen und Impressionen aus Moskau und Wolgograd« russischer Abend mit 3 Gänge Menü • 18:00 Uhr, Einlass ab 17:00 Uhr • Tickets: 33,70€ mit Vorbestellung unter 0172/5687371

08.03.2024 • Hagen; genauer Ort wird noch bekannt gegeben, 58135 Hagen • VORTRAG • »Die Macht der Propaganda« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:00 Uhr - 22:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

09.03.2024 • Augsburg; Parktheater im Kurhaus Göggingen, Klausenberg 6, 86199 Augsburg • KONZERT/ BALLETT/ LESUNG • »Klang des Friedens - Stimmen der Freiheit« mit Simone Werner, Raidra, Rasmus Schumacher, das Ballettensemble Josipa Stage Company, Prof. Martin Haditsch und Band u.v.m. • 16:00 Uhr • Tickets unter parktheater.eventim-inhouse.de/webshop/webticket/seatmap?eventid=8527&el=true • mehr infos unter freiheitsliebe.org

09.03.2024 • Kirchheim bei Bad Hersfeld • VORTRAG • »Die Macht der Propaganda« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:00 Uhr, Einlass ab 17:00 • Tickets: 27€ unter krasser.guru

10.03.2024 • Jüterborg; genauer Ort wird noch bekannt gegeben, 14913 Jüterborg • WORKSHOP • »Die Macht der Propaganda« mit Kayvan Soufi-Siavash • 11:00 Uhr - 18:00 Uhr • Tickets: 180€ unter krasser.guru

11.03.2024 • westlich von Berlin; genauer Ort wird noch bekannt gegeben, 14778... • VORTRAG • »Die Macht der Propaganda« von Kayvan Soufi-Siavash • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 • Tickets: 27€ unter krasser.guru

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an veranstaltung@demokratischer-widerstand.de Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über <https://nichtohneuns.de>

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



MEIN WEG NACH RUSSLAND –
Erinnerungen eines Reporters

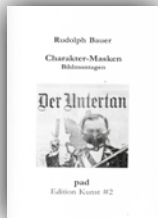
Ulrich Heyden
Promedia Verlag
ISBN-13: 978-3853715284



DAS 1X1 DES STAATSTERRORS
Der neue Faschismus
der keiner sein will

Ulrich Mies
Klarsicht Verlag

ISBN: 978-3-985-84247-6



CHARAKTER-MASKEN
Bildmontagen
Rudolph Bauer

Pad-Verlag, bestellbar auf
demokratischerwiderstand.de



DAS KONSPIRATIONISTISCHE
MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI –
Gedichte gegen die verordnete
Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmismus bis Zensur

Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT
KOMMEN?

Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des
Corona-Ausschusses

Uli Gellermann, Tamara
Ganjalyan (Hgg.), Sodenkamp &
Lenz Verlagshaus,
ISBN: 978-3-9822745-1-5



RUSSLAND OHNE
ZWISCHENTÖNE

KOLUMNE MEDIEN

Von Prof. Michael Meyen

»Sabotierte Wirklichkeit«: Unter diesem Titel beschrieb Marcus Klöckner 2019 eine Zensur, die in den Redaktionen wächst und kein Wahrheitsministerium braucht. Der Moskauer Korrespondent Ulrich Heyden hat das am eigenen Leib erfahren.

Mit Memoiren ist das so eine Sache. Wer hält sich selbst für so wichtig, dass er seine Erlebnisse zwischen zwei Buchdeckel presst? Wer soll das lesen, wenn Partner, Kinder und Enkel fertig sind? Und vor allem: Wer ist in der Lage, eine Geschichte zu erzählen, wenn er tatsächlich etwas Spannendes erlebt hat?

Ulrich Heyden hat all diese Zweifel überwunden und sich sogar auf dem Cover platziert. Ein skeptischer Blick nach links, die langen grauen Haare zerzaust vom Gegenwind. Titel: Mein Weg nach Russland – Erinnerungen eines Reporters. Heyden, 1954 in Hamburg geboren, ist anders als die meisten Journalisten. Er hat einen Beruf

gelernt und in Metallbetrieben gearbeitet. Die Arbeiter für den Sozialismus gewinnen: So hieß das damals, wenn man jung war und sehr weit links. Als der Westen seinen Endsieg feierte und die Genossen müde wurden oder grün und sich dem bürgerlichen Staat in die Arme warfen, ist Ulrich Heyden nach Osten gezogen. Er hat für den *Deutschlandfunk* gearbeitet, für den *Tagesspiegel*, für die *Sächsische Zeitung*. Sein Credo: neugierig sein. Offen für die Wirklichkeit.

Dass das heute als Buchstoff taugt, sagt viel über den Journalismus in Deutschland. In Kurzform: Die Redaktionen daheim wussten, wie es in Russland und in der Ukraine aussieht. Sie wussten vor allem, dass der Westen überlegen ist. Durch diese Brille gab es schon in den 1990ern kaum Platz für Grautöne und schon gar nicht für Alla Pugatschowa, einen Schlagerstar.

Ulrich Heyden berichtet, wie kalte Krieger in den Nullerjahren in die Chefredaktionen einzogen, bei ihm bald nur noch »bunte Themen« bestellten und dann ganz kündigten. Zu wenig Euphorie beim Maidan, Klartext zum Gewerkschaftshaus in Odessa, Empathie für ermordete Russen im Donbass. Bitte nicht bei uns – schon gar nicht von jemandem, der auch bei *RT* deutsch publiziert. Selbst da, wo links draufsteht, ist heute kein Platz mehr für Ulrich Heyden. Dafür gibt es jetzt seine Memoiren beim Promedia-Verlag.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



WEHE DENEN, DIE DAS
BÖSE GUT NENNEN

KOLUMNE CHRISTEN
IM WIDERSTAND

Von S. U. I.

Von Hart arbeitende Bauern werden plötzlich kriminalisiert und in die rechte Ecke gestellt. Die AfD wird behandelt, als ob sie die Ursache allen Übels sei, dabei »verdanken« wir den derzeitigen Regierungsparteien eine lange Liste an Versagen, Vertuschung und Fehlentscheidungen mit chaotisch-schmerzhaften Folgen für unser Land.

Kritiker in Corona-Zeiten stehen immer noch vor Gericht, obwohl genügend Beweise vorliegen, die ihnen Recht geben. Die Transgender-Lobby, die Toleranz fordert für ihre Ideologie von der Geschlechter- und Familien-Auflösung, geht äußerst intolerant-aggressiv gegen die vor, die die Vielfalt der Lebensformen im Rahmen von Mann- und Frau-Sein anerkennen. Verständnis bekommt das jüdenfeindliche Terror-Regime der Hamas, das weiter als Verhandlungspartner Anerkennung findet, während Israel als einziger demokratischer Staat im Nahen Osten an den Pranger gestellt wird, weil er sich verteidigt. Verdrehte Welt. Und die *Mainstream*-Medien machen mit. Leider nichts Neues unter der Sonne. Schon der große Prophet Jesaja

warnte: »Wehe denen, die das Böse gut und das Gute böse nennen, die die Finsternis zum Licht und das Licht zur Finsternis machen, die das Bittere süß und das Süße bitter machen.« (Jesaja 5,20). Ihnen droht ein großes Gericht, denn wie schon der weise König Salomo erkannte: »Gott wird alle Werke vor Gericht bringen, alles, was verborgen ist, es sei gut oder böse.« (Prediger 12,14)

Die guten Nachrichten sind:

1. Gott lässt sich seinen Maßstab nicht rauben – von keinem Menschen und keiner Macht. Sein Richterstuhl steht fest, seine Augen sind unbestechlich und sein Maßstab bleibt für alle Zeiten. Das Gericht wird kommen.

2. Wir haben Orientierung über Gut und Böse, wenn wir auf unser Gewissen hören, denn Gottes Gesetz ist in unser Herz geschrieben (Römer 2,14-15). Indem wir in Gedanken »Anklage« und »Verteidigung« führen, beweisen wir, dass wir um einen Richter, einen Maßstab und Ordnungen wissen. Wir haben Zehn Gebote, die universal gelten und das Verhältnis zu Gott und den Mitmenschen regeln.

3. Die Einladung Gottes steht – wie sie der Apostel Petrus bei seiner Pfingstpredigt aussprach: »Lasst euch retten aus diesem verdorbenen Geschlecht!« (Apostelgeschichte 2,40) Das geschieht, indem wir das Wort Gottes und Christus im Glauben annehmen.

Die Autorin veröffentlicht anonym, da ihr Arbeitgeber eine namentliche Mitarbeit in dieser Zeitung ablehnt. Die Autorin ist der Redaktion bekannt.



SPORT MIT BERTHOLD
DER HIMMEL ALS
SCHACHBRETT

In meiner aktiven Zeit als Sportprofi bis zum Sommer 2000 habe ich bewusst keine sogenannten *Chemtrails* am Himmel wahrgenommen. Jetzt, fast 24 Jahre später, sieht das ganz anders aus.

Chemtrails sind keine Kondensstreifen, wie immer behauptet wird. Die lang stehenden Streifen am Himmel bestehen aus hochgiftigen, toxischen Substanzen wie Aluminium, Radium, Barium, Strontium und so weiter.

Die dadurch entstehende zusätzliche Wolkenbildung beeinflusst auch die Sonneneinstrahlung auf der Erde. Gerade gestern ist mir das auf meiner Fahrt von Lugano nach Mailand aufgefallen. Italien scheint hier wie Deutschland besonders eifrig bei der Sache zu sein. Der Himmel über Mailand sah aus wie ein Schachbrett.

Ich empfehle daher allen, täglich morgens und abends einen Teelöffel Zeolith zu nehmen. Verrührt in einem großen Glas mit destilliertem Wasser. Jeder Schluck soll mindestens 15 Sekunden im Mund verweilen, bevor es getrunken wird. Dadurch werden Schwermetalle ausgeleitet.



»Pilot macht verhängnisvollen Fehler und drückt am Rollfeld auf den falschen Knopf und verliert die ganzen giftigen Chemtrail-Stoffe«, so die Autoren des Telegram-Kanals »Chemtrails/Haarp/Wettermanipulationen«.

Foto: DW-Bildschirmfoto



»... and direction Germany, too, so sorry«, so der Kanal Chemtrails/Haarp/Wettermanipulationen, etwa: »... und es geht auch in Richtung Deutschland mit dem Zeug, tut uns so Leid für Euch!« Foto: DW-Bildschirmfoto

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unab abschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG
ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2023 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

Die kommende Ausgabe DW 163 erscheint am Samstag 17. Februar 2024!

SO GEHT ES: ↓

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

2. Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de oder

3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME	_____
TELEFON • E-MAIL	_____
STRASSE, HAUSNUMMER	_____
POSTLEITZAHL UND ORT	_____

DW-Zeitung
Postfach 35 02 16
10211 Berlin